



für Schleifen

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Zeitschrift „Für die Arbeiter-Zukunft“.

Bezugspreis: Die „Vollswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Abteilung der „Vollswacht“, Renn-Creuzenstraße Nr. 5, durch die Zweig-Zigarettengeschäft Reichelt, Matthiasstraße 140, sowie durch alle Aus- zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich Goldmark monatlich 1.70 Goldmark Durch die Post frei ins Haus 2.06 Goldmark.

Organ für Die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Kunstlinse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postkod.-Konto: Postcheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: 3 Pfenniger für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 20 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das siele Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweistellen abgegeben werden.

Regierungsfürz in Warschau?

Die Wirtschaftskrise in Böhmen.

Über eine Konferenz der Sejmklubführer beim Sejmshall Rataj, in der Ministerpräsident Grabstki über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Polens Bericht erstattete, die Konservative „Rzeczypospolita“, laut PLB., zu besagen, daß das Ergebnis der Konferenz für den Ministerwähler geradezu niederschmetternd gewesen sei. Die versammelten Führer hätten den Ministerpräsidenten aufgefordert, noch vor Ende des Monats ein Programm vorzulegen, wie die Regierung finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten begegnen solle. Die Konferenzteilnehmer sollen nach dem Blatt den Drud gewonnen haben, daß Ministerpräsident Grabstki schwierigkeiten gegenüberstehe, die er nicht werden wältigen können.

Man muß bei dieser Information berücksichtigen, daß die „Rzeczypospolita“ das Organ Korfantys ist, der sehr gern an Stelle des Fachministers Grabstki treten möchte. Wie weit aber andere polnische Parteiführer Haftungsgefühl genug haben werden, sich an der Lösung des unglückseligen „Sanierers der polnischen Wirtschaft“ im eigenen Krisenstadium zu beteiligen, bleibt abzuwarten.

Grabstks Politik ähnelt der unserer deutschen glorreichen Kabinettschefs Cuno und Luther. Wie diese den markiert er Überparteilichkeit im Inneren und Versöhnungspolitik nach außen, führt aber einen ausstlosigen Wirtschaftskrieg mit den westlichen Nachbarn. Sucht die Rettung der vom Ausland abhängigen Wirtschaft in Absperrungsmaßnahmen wie Schutzzöllen, Fahrverboten usw.

Den Ausweg könnte für Polen nur ein Zusammenschluß der Linken mit den nationalen Parteien bringen. Am liebsten

len Minderheiten bringen. Zwischen den beiden Gruppen steht aber zur Zeit vor allem die Frage der Agrarreform, die von der Regierung abseits schlauerweise mit Spalten gegen die „Fremdlinger“ versehen wurde. Die linken Bauernparteien schließlich der gemäßigten Witosgruppe sind selbstverständlich für Agrarreform mit Landaufteilung von Grundbesitz, die nationalen Minderheiten sind durch nationalistische Beifügung der Reform dagegen festgelegt. Ohne Einigung in dieser Frage hält aber keine künftige Regierungsmehrheit zusammen.

Deutschland kann kein Interesse am
wirtschaftlichen Niedergang Polens haben,
einer unserer wichtigsten Lieferanten und Kunden
der Wirtschaft wäre, wenn wir nicht den auch für
uns nur schädlichen Zollkrieg führen würden. Hoffent-
lich verzichten unsere Unterhändler, zu deren Weitblick
allerdings wenig Vertrauen haben, auf kurzfristige
Exklusion in der Richtung vermehrter polnischer
Wierigkeiten und geben durch Eingehen auf ein
Allianzprojekt gerade jetzt denjenigen Kräften
polnischen Parteiwesens eine außenpolitische Chance,
wie Korfanty aus der Zwangslage Polnisch-Ober-
lausiens oder wie die polnischen Sozialisten aus tieferer
Sicht für den Ausgleich mit Deutschland
treten.

Benedikt zum Schiedsgerichtsvertrag mit Deutschland bereit.

Fragesti vorausichtlich ebenfalls.

Der tschechoslowakische Gesandte in Berlin teilte am Sonntag Abend seiner Regierung dem deutschen Außenminister Stresemann unter Bezugnahme auf die in letzter Zeit zwischen Deutschland und den Alliierten ausgetauschten Noten mit, die tschechoslowakische Regierung bereit in Verhandlungen über den Abschluss eines tschechoslowakischen Schiedsgerichtsvertrages einzutreten.

Dieser Schritt der Tschechoslowakei dürfte die Folge der
Reaktionen sein, die der tschechoslowakische Außenminister
in Berß mit den seitenden Staatsmännern der Alliierten
hat. Es ist zu erwarten, daß sich beim Schritte
Tschechoslowakei eine Parallelaktion Polens
schließt, so daß sich in dieser Form die geplanten Parallel-
schritte zur Rastatt über die Regierung der Republikaner

Verbandsentscheidungen gegen Danzig.
Verschiebung der Mossulfrage.
Gest. 19. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Böltz-
biel hieß am Sonnabend zwei öffentliche Sitzungen ab. Am
Mittag wurden unter Beifall von Kauf- und Comme- die

wurde nach kurzer Aussprache, an der sich vor allem Lord Robert Cecil beteiligte, Polen vertraglich das Recht der Errichtung eines eigenen Postdienstes in Danzig zugestanden. Der Bericht stellte ferner fest, daß als Hafengebiet nicht nur das Gebiet zu verstehen sei, in welchem sich der Hafen selbst befindet, sondern alle mit dem Hafen verknüpften wirtschaftlichen Teile der Stadt Danzig. Das Verlangen des Danziger Senats, die Auslegung des Begriffs „Hafen“ dem ständigen Internationalen Gerichtshof zu überlassen, wurde vom Völkerbundsrat nicht berücksichtigt. Ebenso wurde Polen das Recht zugestanden, auf der Halbinsel Westerplatte am Oktober 1925 ein Munitionssdepot zu errichten. Die Danziger Delegation erhob gegen diesen Beschluß Einspruch, da die Bevölkerung hierdurch stark der Gefahr einer Explosion ausgesetzt sei und außerdem Polen in seinem Kriegshafen bereit über ein gerügnd eingerichtetes Munitionslager verfüge.

Eine Brandrede des bayrischen Bauernführers Dr. Heim.

Der Tannenhausener Vogtländische Bauerntag, an dem von der bayerischen Regierung Sozialminister Oswald teilnimmt wurde von dem Abg. Dr. Heim mit einer Rede eröffnet. Zur Frage des Sicherheitspaktes erklärte er, daß er die Notwendigkeit eines solchen nicht anerkenne könne, weil Deutschland unbewaffnet sei, während Frankreich von Waffen starre. Deutschland habe eher Sicherung nötig als Frankreich. (Also auch den Ball! Red.) Wenn Deutschland in den Völkerbund eintrete, so würde das nur bedeuten, daß der Versailler Vertrag weiter verlängert werde (Nur der Völkerbund kann ihn schwächen! Red.) Ein schwaches Volk dürfe sich nach seiner Seite hin verpflichten und müsse eine Politik der Unverbindlichkeit (!) treiben. Zum inneren Politik übergehend, erklärte Dr. Heim nach einer scharfen Kritik an der Regierungsführung in Berlin: Es gebe keine Einigung innerhalb der deutschen Katholiken, solange nicht grundsätzlich Wandel geschaffen sei hinsichtlich der Stellungnahme des Zentrums zur Frage: Zentralgewalt oder Wahrung der Selbständigkeit der Länder. Wenn die Führer der Bayerischen Volkspartei die Parole ausgeben würden: „Zurück zum Zentrum!“, dann würden Hunderttausende in Bayern die Führer der Bayerischen Volkspartei verlassen. (Stürmische Zustimmung.) Mit dem Reichsschulgesetz auch in der neuen Fassung würde die christliche Erziehung erschüttert werden. (!) Hinsichtlich des Preisabbaues betonte Dr. Heim, daß er für die Bauern, die schlechtere Preise als vor dem Kriege erhalten, nicht in Betracht käme. Zum Schluß richtete der Redner an die Versammlung die Mahnung, den Kampf um die Erhaltung der letzten Reste der bayerischen Selbständigkeit (!) mitzufämpfen.

Der bayrische Bauerndoctor war in letzter Zeit in folge einer schweren Krankheit bereits mehrere Male totgesagt worden. Vielleicht will er durch die Stärke dieses Lobsuchtsanfalls beweisen, daß er noch lebt. Aber der Bayrischen Volkspartei geht es, seit sie an der Rechtsregierung Luther im Reiche beteiligt ist, mit solchen Kraftausbrüden ähnlich wie den Deutschnationalen: jedem solchen Kraftausbruch folgt regelmäßig ein Schwächeanfall, da die starken Worte zwar sehr geeignet für Wählerversammlungen, gerade auf bayrische Bauern sind, die nachfolgende Zurücknahme aber dafür die weitere Beteiligung an der Regierung und damit am wirtschaftlichen Einfluß sichert. Bei den Deutschnationalen war am selben Tag, an dem Dr. Heim vor seinen Bauern tobte, gerade der Rückschlag auf die ähnlichen Kraftausbrüde ihrer Parteifreunde von Dresden fällig, so gestern zum Beispiel die „Schlesische Zeitung“ außenpolitisch links von dem bayrischen Volksparteier steht und ihre Dresdener Parteigenossen höchst passivistisch aussordert, doch einmal zu vertreten, „wie wir mit Mässengewalt das uns entrissene Gut wieder gewinnen sollen“. Im Auswärtigen Ausschus wird in wenigen Tagen um der Regierungsmaut willen die Bayrische Volkspartei wieder ebenso sanft sein. Hat sie denn sogar im letzten Steuerbundt eine Erhöhung der Biersteuer gefordert, also die heiligsten Güter

Das Ergebnis von Heidelberg.

Die ausführlichen Berichte vom Sozialdemokratischen Parteitag in Heidelberg würden eigentlich eines Kommentars nicht bedürfen, wenn nicht das Echo aus dem Lager der Gegner gerade wegen des starken Eindrucks unserer Verhandlungen und Beschlüsse künstlich schief Linien in das Bild dieser ergebnisreichen Tagung hineinzubringen sucht.

Es kann den Gegnern natürlich nicht angenehm sein, daß der einzige ernsthafte Konflikt innerhalb unserer Partei, die Sachsenfrage, in Heidelberg offenbar wirklich im Sinne einer endgültigen Einigung gelöst wurde. Eine Einigung, der einerseits die Genossen vom sächsischen rechten Flügel zustimmen, die andererseits von der Autorität eines einstimmigen Beschlusses der Schlichtungskommission getragen wird, in der auch Genossen der äußersten Linken, wie der Abgeordnete Rosenfeld und bekannte proletarische Vertrauensmänner der Radikalen aus Frankfurt, Berlin usw. saßen, trägt die Gewähr ihrer Wirksamkeit in h. Wenn auch bedauerlicherweise die meisten sächsischen Delegierten nicht dafür stimmten, so haben doch auch sie die getreue Durchführung des Beschlusses feierlich versprochen. Es ist auf demjenigen Wege gegangen, der an dieser Stelle gegen heftigen Widerspruch immer wieder empfohlen wurde: ohne Ausschluß eines Parteigenossen wegen einer taktischen Meinungsverschiedenheit, aber unter Auge der auf beiden Seiten begangenen Fehler. Daß vorherige Festlegung einzelner Delegierter auf eine andere Entscheidung jeden Sinn verloren hatte, ergab bereits der Parteivorstandsericht von Stelling, nach dem auch der Sprecher der sächsischen Linken feststellen mußte, daß seinen Freunden eine so wichtige Tatsache wie die Empfehlung der sächsischen Koalition durch den Parteivorstand bisher unbekannt war, die das Verhalten der 23 rechtsstehenden sächsischen Landtagsabgeordneten in ein neues Licht rückte. Die Genossen der sächsischen Linken haben bei ihrem Votum gegen die Einigung nicht eine einzige Stimme aus dem übrigen Reich zur Unterstützung gehabt. Die Genossen der sächsischen Rechten haben sich andererseits von einem so gemäßigten Politiker wie dem Hamburger Bürgerschaftsvorsitzenden Rosch recht scharfe Worte gefallen lassen müssen. Beide Teile kennen also jetzt den einheitlichen Willen der Partei, und werden eine nochmalige Misachtung dieses jetzt ganz eindeutig festgelegten Willens sicherlich nicht mehr verantworten wollen. Es kann noch Streitfragen bei der Wiederaufstellung einzelner Abgeordneter geben, aber Genosse Rosch hat sehr klar herausgearbeitet, daß das eine Sonderangelegenheit zwischen den sächsischen Abgeordneten und ihren Wählern ist. In der entscheidenden politischen Streitfrage der Landtagsauflösung ist die Befolgung des Parteivorstandsvotums durch Heidelberg sichergestellt.

Die sächsische Regelung ist so klar und befriedigend, daß sie den Wunsch nahelegt, wir würden in Preußen wieder eine ähnliche Zusammenarbeit von Parteiorganisation und Landtagsfraktion erhalten. Die etwas herausfordernde Heidelberger Rede des preußischen Fraktionsführers Heilmann muß diesen Wunsch, daß auch in Preußen die Landtagsfraktion eine ähnliche demokratische Kontrolle erhalten wie die Reichstagsfraktion durch den Reichsparteitag und die sächsische Fraktion durch ihren Landesparteitag noch besonders anregen. Die beiden Fraktionen jetzt übertragene Entscheidung über die Frage der Aussichtsratsämter einzelner Abgeordneter wird hoffentlich nicht der Punkt sein müssen, an dem diese Frage neu aufgerollt werden muß. Die Entscheidung der Beschwerdekommission des Parteitages in der Sache Gustav Bauer hat gezeigt, daß das Urteil des Sachverständigengerichte in solchen Fragen sich nicht mit der Stellungnahme der letzten Parteiinstanz decken muß. Es ist sehr bedauerlich, daß die von unserem schlesischen Genossen Buchwald vorgeschlagene Erledigung des Falles und der Person Bauers vom Parteitag noch einmal an die vorige Instanz zurückverwiesen wurde. Der Grund für diese Zurückverweisung — dem Angeklagten noch einmal Gelegenheit zur persönlichen Verteidigung auch vor dieser Instanz über sein Prozeßrecht hinzu zu geben — machte dem Parteitag alle Spuren, der Kau Gustav Bauer wird uns aber nun nach mehr als 1½ Jahren als unerledigt ansehen, ohne daß er vor oder die Partei dabei gewinnen kann. Das von einer bürgerlichen Institution aus private konföderative

Strafgesetze nicht angefochten werden kann, hatte ja die Beschwerdekommission bereits diesmal treffend formuliert.

Crispiens Bericht über die Internationale zeichnete sich durch einen Zug aus, der in der etwas stark tagesspolitisch gefangenen folgenden internationalen Debatte zu wenig anerkannt worden ist: das offene Aus sprechen dessen, was ist. Wenn die Grenzen der Leistung unserer internationalen Organisation immer so offen in der bisherigen Begrenzung ihrer Machtausübungsmöglichkeit begründet werden, wird mit der Einsicht der Arbeitermassen in die Zusammenhänge der internationalen Politik auch ihr Vertrauen wachsen, wird ihnen eine Enttäuschung wie 1914 erspart bleiben, zu neuem Aufbau rüchtern und doch entschlossen der beste Weg gewiesen werden können. Von ähnlicher Rüchternheit zeugten in der innerpolitischen Debatte vor allem die materialreichen Reden unseres Parteivorsitzenden Hermann Müller, dessen Wiederwahl bemerkenswerte Weise auch fast einstimig erfolgte.

Die Hauptleistung des Parteitages in der Fertigstellung des neuen Programms erfordert noch eine besondere Bürdigung.

Die Sitzung des Sarmat-Kunsthusses

im Sonnabend war außerordentlich bewegt. Sie galt der Ver-
schwörung jener zwei ehemaligen Staatsanwälte
Goldschmid und Caspari, die durch
die Auflösung der deutschnationalen Verleumdungs-Zentrale der-
malen höchst gefürchtet wurden, daß gegen sie ein strafrechtliches
Schmiedungsverfahren bzw. ein Disziplinarverfahren eingeleitet
werden würde. Der Richter Caspari, der zunächst vernommen
wurde, bestritt unter Belehrung seiner jüdischen Konfession jeden
Zusammenhang mit jenen rechtsstehenden Kreisen. Später aber
wurde er durch Fragen des Genossen Kuttner der Unwahrheit
berführt und mußte angeben, daß er die berüchtigten
deutschnationalen Batmeister und Leopold mit
Material gegen das Justizministerium zur Ver-
theidigung seiner Person vertrieben habe. Sehr
überrascht hatte Caspari behauptet, er könne unter Beweis
stellen, daß ihm die Strafverfolgung Kuttlers durch das Justiz-
ministerium auf Veranlassung des Abgeordneten Heilmann ent-
sprochen worden sei. Die strahlende Freude der Deutschnationalen
und Kommunisten über diese „Enthüllung“ war jedoch nur von
kurzer Dauer, denn das nachträgliche Verhör zeigte, daß er nicht
in der Lage war, die Spur eines Beweises für
diese Behauptung aufzubringen, die übrigens auch
von den anwesenden Sitzern des Justizministeriums auf das Ent-
sprechende zurückgewiesen wurde. Auch die zwischendurch vor-
genommene Vernehmung des Untersuchungsrichters, Landgerichts-
rat Schneider, ergab ferner, daß Caspari die Lücherliche
Haftung des Justizrats Werthauer, zu der er
eine Flugzeugreise nach Dresden unternommen hatte, gegen
die ausdrücklichen Bedenken des mit der Unter-
suchung in Sachen Kuttler betrauten Richters
veranlaßte. Nur das Auftreten des Dr. Caspari von besonderem
Erfolgsmöglichkeit getragen, das im ungefährten Verhältnis zu der
Lüte seiner Sache stand, so war es trotzdem nichts im Vergleich
dem Gedanken des Richters Kuttner.

Auch Kühmann stellte zunächst die ungeahntesten Beleidigungen über ein angebliches Tumulten des Justizministeriums gegen die Staatsanwaltschaft auf. Alles, was er jedoch, zunächst mit großem Aufsehen, darüber erzählte, erwies sich darin als falsch und lächerlich. Herr Kühmann mußte allerdings von seinem Standpunkt aus diese Anschuldigungen vortragen, um sie bildeten ja den Vorwand für seine Beziehungen zu der deutsch-nationalen Presseverleumdungszentrale des Herrn Kroll-Kluge-Klausing. Die wiederum von den Herren Baumelker und Leopold finanziert wurde. Weil er nämlich das „Gefühl“ hatte, daß das Justizministerium die Staatsanwaltschaft nicht genügend unterstützte und gegen Freispruchträge bedie, beschloß habe er das Angebot dieser Herren, die ihn bereit erklärten, ihn zu besetzen, angenommen. Seine Dankbarkeit mit dem Leiter des Kinos soll gab er nicht nur zu, sondern er entwarf von diesem das Bild eines großartigen Kriegshelden, der im nationalen Interesse im Kampf gegen die Rottumtion aufgenommen habe und der sich dabei von einer sabelhaften Täufigkeit schon früher erwiesen habe, eben auch die Auswahl seiner Mittel jedoch ebenfalls davon erfuhrn durfte. Je mehr nun Kühmann diesen Gedanken nähertrug, desto zufriedener wurde er. Und als Großmeister eine Reihe von konkreten Fragen an ihn richtete, die es Gemeingefühlte dieser Begegnung zwischen deutsch-nationaler Presseverleumdung und Staatsanwaltschaftlichen Orgonen geben müßt, da verweigerte Herr Kühmann lächelnd die Aussage, „denn hineinzuhauen in das gege...“

Der Spieler.

—

Auf Mahemoelle Blende äußerte ihren militärischen Gedankensdruck mit den sorgig funkelnden Augen fast gar nicht und fürchtete sich daran, zu verplaudern, wobei sie auf mich einen fast unerheblicher Erinnerung rückte. Beiletzig bemerkte: Sie hätte mich lieber mit einer angestellten Geiselschaltung beauftragt, nicht einfach weichen Erbengang erwarten und mich verhängt mögig ignorieren.

„Kleiner Jakobswallfahrt.“ begann der General im Tone milde
erwähnens, „geheilten Sie mir die Bemerkung, daß ich Ihr Ver-
halten gegen mich und meine Freunde . . . mit einem Blatt, in
dem es verderbt, im höchsten Grade unverberbar, daß Sie . . .
mit einem Blatt . . .“

„Ach! dies ist nicht wahr.“ unterbrach ihn der General überrascht
und geschockt, „es war gar, daß er hier das Kommando
hatte. „Mein Bruder Peter, unser junger General“ (aber es war
die Worte auf tragisch niedergeschlagen). „hat Sie im Jan vergraben,
aber er wollte Ihnen sagen . . . das heißt, Sie durften sterben,
aber . . .“

"Wer meint, Sie liegen hier im dunklen Keller? Wahrhaft?" unterbrach
die Frau.
"Wie bitte? Sie haben das Bild eines Menschen (aber wie
ist das möglich erstaunlich?) bei Mitternacht allein, hinter schwarzem
vorhangen Aller, übermenschlichen" (dann gehtet die Gräfin leicht in
Panik); aber sie wirkt ja alles befrieden; sie wird alles
erklären uns auf den letzten Gründen! Sie haben jetzt gescherzt,
sie waren leicht Zunge, so müßig und so jämmerlich! Wenn sie sich
nun mal aus dem Versteck herausstellt, wird sie uns bestimmt nicht mehr
vergessen nicht mehr vom Spielplatz trennen und wird immerzu
lachen und lachen, aber auch hier kann sie nicht vom Spielplatz
wieder weg, sie ist hier festgehalten.

Und wenn das der Grund sei, dann kann es die
Schwelle gewesen! Ich und meine Freunde wir sind hier
nichts Erwähnbares als was wir sind. Ich und meine
Freunde wir sind Erwähnbares und gewisslich, völlig
durch Gott berufen für den Dienst unserer Brüder.

„schwebende Ermittlungsverfahren“. Es wird Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion beim Wiederzusammenbrütt des Landtages in den nächsten Tagen sein, die Einführung eines besonderen Untersuchungsausschusses zu verlangen, in dem nicht nur der Fall Kuhmann-Knoll-Bacmeister, sondern auch alle sonstigen Unsauberkeiten rücksichtslos aufzudecken sein werden, die im Zusammenhang mit der Format-Affäre von Degunten der Justiz und der Polizei angehäuft wurden.

Die Optantenfrage im Oftausdruck des Landtags.

Der Ausschuß des Preußischen Landtages hat sich vier Tage lang mit der Frage der Unterbringung der Optanten, die bereits Polen verlassen müssen, und der weiteren 2500, die am 1. November, und 800, die im Verlaufe des nächsten Jahres zu erwarten sind, beschäftigt. Dabei wurde zunächst nachträglich noch einmal ihre Unterbringung in dem Schneidemüller Lager besprochen. Bekanntlich hatte die Rechtsopposition in den ersten Augusttagen eine wütende Attacke gegen den Innenminister, Genossen Sedorff, entfacht, weil er angeblich ungenügende Vorbereitungen für die Aufnahme der Optanten getroffen und unheuerliche Zustände im Schneidemüller Lager verschuldet habe. Es war den Vertretern der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei höchst unangenehm, daß im Ausschuß die Genossen Wendt, Deuter und Dr. Hamburger auf dieses Verhalten der Deutschnationalen Kreise zu sprechen kamen. Inzwischen haben nämlich auch die rechtsgerichteten Herren, deren außenpolitisches Verantwortungsbewußtsein auch heute noch außerordentlich schwach hinwidelt ist, eindeutig eingesehen, wie schwer sie die deutschen Interessen durch ihre hemmungslosen Angriffe geschädigt haben. War es doch der deutschfeindlichen Propaganda polnisch-nationalistischer, aber auch englisch-Liberale Kreise, wie sie hinter der "Times" stehen, ein leichtes, unter Benutzung dieser deutschen Kreisstimmen den Eindruck zu erwecken, als ob nicht die Aussiedlung der Optanten aus Polen, sondern unzureichende Maßnahmen der preußischen Regierung und Verwaltungsorgane ihr blöd verschuldet hätten.

Die Ausprache im Auschuß ergab ein klareres Bild der tatsächlichen Lage. Insbesondere erwies sich, daß die Regierungsstellen in Preußen alle Maßnahmen zur reibungslosen Aufnahme der Flüchtlinge getroffen hatten, die lediglich durch die nicht vorhersehbende Zusammendrängung ihres Grenzüberganges an zwei Tagen für kurze Zeit versagen mußten. Der Artikel eines Deutschen aus Polen in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 1. August 1925 läßt hier erkennen, daß viele Monate vor dem letzten Termin der Thore die behördlichen Bemühungen für Pfeilern- und Wohnungsvermittlung eingesetzt, die einzelnen seit langem ihre Akte erhalten hatten und genau unterrichtet waren, daß sie keine Hoffnung haben durften, in Polen bleiben zu können. Zugleich hätte die Mehrzahl bis zum letzten Moment in der Erwartung eines Glücksfalls gewartet: „So kam es, daß eine Menge ihrer Abwanderungstermin immer wieder aufzuschieben war . . . und dann am 30. und 31. Juni packte sie, die die Rückwärtsflucht der polnischen Eltern kannten, die Angst, und sie rannten ab, panikartig, hilflos.“

Dieß Panis führte zu einer übermäßig starken Belegung des Auges während einiger weniger Tage, in denen in der Tat die Optanten, zumal sie durch die Anstrengungen der Reise bei unglücklicher Witterung ermattet waren, schweres auszustehen hatten. Das ratsfrüchte Giregieren des Genossen Severing, der in Jöseri an Ort und Stelle begebt, hat dann zu einer schnellen, unmittelbaren Hilfe und baldigen Weiterleitung eines großen Teils der Optanten geführt. Rücksichtsweniger ließ weder die Reise der rechtsgerichteten Preße noch der rechtsstehenden Parteien gegen den Innenminister nach. Eine deutschvölkische Anfrage im Landtag beschuldigt den Minister, größlich seine Pflicht verhünt und das dortige Elend durch seine Sammelseligkeit und Unfähigkeit vergrößern zu haben. Der Genosse Severing, dem es bekanntlich am Humor nicht gebricht, hat auf die Frage der Völkischen, ob das Staatsministerium zu tun gedenke, ut. den Minister des Innern zur Ausübung seiner elementarsten Pflichten anzuhalten, mit einem kurzen flammlichen Wort geantwortet. Nämlich mit: "Näts".

Die Redche einschließlich der Volkspartei hat es außerordentlich gefreut, daß Seehring bei seinem Eintreffen in Scheidemühl am Bahnhof vom Reichsbanner empfangen worden ist. Sie hatten die Gelegenheit, darin eine partizipative Aktion zu erblenden und eine solche Begrüßung eine „Einführung als Triumphant“ zu nennen, die im grellen Kontrast zu dem Elend im Flüchtlingslager gestanden habe. In Wirklichkeit hat die Empfangung am Bahnhof weder eine örtliche noch eine sachliche Verbindung mit der Beleidigung des Lagers und den auf Grund eines Eindrucks ergriffenen Höflichkeitsmaßnahmen des Ministeriums steht. Der Rechten hätte es sicher liegen sollen, den Besuch Scheidemülls im Lager zu kritisieren, der seine einstündige Beleidigung des Lagers unter Führung des Lagerkommandanten dazu missbrachte, um in einer öffentlichen Versammlung auf die „Schande von Scheidemühl“ hinzuweisen und die Reichs- und preußische Regierung in der ihm eigenen niedrigen Weise in den Staub zu ziehen. Hoffentlich führt dieser von unserer Seite vorgebrachte Kritik darum doch das Gehrte des Sozials

bekannten Propagatoren, die eine bezüglich Hege gegen jüdische Einrichtungen betreiben, untersagt wird.

Durch das Lager sind von Ende Mai bis jetzt im ganzen 14 400 Personen durchgegangen. Zurzeit befinden sich 2500 Menschen dort, die anderen sind bereits anderweitig untergebracht. Natürlich bedeutet das nicht, daß sie bereits auch in das deutsche Wirtschaftsleben wieder eingegliedert waren. Notwendigkeit, hierzu zu kommen, hat der Ostauschuß hergehoben und Einzelmassnahmen hierfür angeregt. Nur ein großer Berufen angehört, die zurzeit noch aufnahmefähig sind der deutschen Wirtschaft bereits nutzbar; bei anderen aber liegen die Dinge erheblich schwerer. Die Regierung führt ein Ausbildungsauprogramm für die Optanten durch, durch das auch heute noch im Lager befindlichen Personen in einigen Wohnlichkeiten untergebracht werden können. Bei der Unterbringung der landwirtschaftlichen Optanten ist in Aussicht genommen, als Siedler in den dünnbesiedelten östlichen Grenzgebieten anzusiedeln. Die Landbeschaffung steht zurzeit auf keine Schwierigkeiten, da in der Hand der Siedlungsgesellschaften sich nügend unbesiedeltes Land befindet, das für alle Optanten reicht. Die wohnliche Unterbringung der Optanten wäre leicht, wenn nicht polnische Wanderarbeiter außer in den sogenannten Schnitterkasernen, wie dies dem Verhalten unserer Agrarier den polnischen Wanderarbeitern entspricht, in recht erheblichen Mengen auch in Werkwohnungen auf dem Lande untergebracht wären. Ein Entgegenkommen in dieser Beziehung haben die Optanten von unseren Agrariern nicht zu erwarten; dagegen sind diese ebenso wie manche anderen Arbeitgeber auf der anderen Seite bereit, sie als Streifbrecher bei Streiks und Lohnkämpfen zu missbrauchen. Es wurde den Deutschnationalen im Ausland deutlich gesagt, daß eine gemeinsame Anteilnahme des deutschen Volkes am Los der Optanten und an der Fürsorge für sie nur erzielen läßt, wenn die Rechte von jedem Versuch abseits als Kanonenfutter zur Gehaltung ihrer Position im Wirtschaftsleben zu verwenden.

Voraussetzung bei allen Maßnahmen für die Optanten wie auch von den Vertretern des Ministeriums des Innern wiederholt hervorgehoben wurde, daß sie nicht vor den Flüchtlingen und Verdrängten bevorzugt werden dürften. Die genannten Anwälteten und Liquidatoren, die durch Zwangsmaßnahmen ihren Besitz eingebüßt haben, sind mit vielen andern gewaltsam zur Abwanderung gezwungen worden, die Optanten dagegen haben sich durch eigenen Entschluß in voller Kenntnis der Folgen ihres Handelns dafür entschieden, durch die Option Polen den Rücken zu kehren. Das darf nicht dazu führen, daß sie hilf- und rettungslos verkommen läßt. Die Gründe ihres Handelns wird man verstehen und würdigen, wenn man davon festhalten muß, daß diejenigen, die unter den schwierigen Verhältnissen in Polen bleiben, ein zweifellos höher zu wertendes Opfer auf sich nehmen, als die Abwandernden. Optanten, denen von örtlicher Seite von der Option gerade im deutschen Interesse immer abgeraten worden ist, muß geholfen werden; aber dringender als sie sind noch zahlreiche Flüchtlinge und Verdrängte, die nielfach unter schlimmsten Umständen die Optanten aus Polen heraus mußten, der ausreichende Staatshilfe bedürftig. Dies wird man in Schlesien, besond. auch in Oberschlesien, das den Hauptflüchtlingsstrom genommen hat, richtig einzuschätzen wissen.

Aus dem Reihe.

Die Politik der Demokraten. Vor dem Parteiausschus
Demokratischen Partei in Berlin gab am Sonntag der dem
kristische Parteiführer Dr. Koch einen Bericht über die abgelaufene
Sessjon des Reichstages. Der rechte Flügel der Regi
ierungsparteien, so führte er dabei aus, habe auf den
Vorftgang der bisherigen Außenpolitik von
wirrend oder verzögern eingewirkt. Bei
Deutsch-nationalen bei den letzten Wahlen in den Sa
gekehrt habe, wisse jetzt, daß er es nur getan hat, um den wi
chastlichen Interessen bevorzugter Stände und
den magistratischen Instinkten einer herri
gewohnten Klasse zum Siege zu verhelfen. Besitzt
worden seien nur diejenigen, die an einem Hochschulzweck
seien in Interesse haben. Zur Außenpolitik erklärte Dr. Koch,
dass sich die demokratische Reichstagsfraktion gegen die Be
ziehung des Orients in einen Sicherheitspakt wehren werde.
demokratische Fraktion wünsche keinen Regierung
wechsel, weil sie der Meinung sei, dass die Verantwortung
für die Notwendigkeiten der deutschen Außen
politik auch einmal von der Rechten getragen
werden mügte. Unter den angenommenen Entschließungen
findet sich eine, die den Reichs-Schulgesetzentwurf
im Widerspruch zum Wortlaut und Geist der Verfassung steht
mit aller Entschiedenheit ablehnt.

Verlängerung der Polizeistunde? Der „Montag“ will erfahren haben, daß am Dienstag oder Mittwoch die Woche die Verlängerung der Polizeistunde über 1 Uhr bekannt gemacht werde. Der preußische Minister des Innern am Montag aus dem bestreiten Gebiete nach Berlin zu fahre, werde nur noch die Entscheidung treffen, um wie Stunden die Polizeistunde verlängert werden soll. Auch

verbeuge mich vor Ihnen bis zum Gürtel, wie wir Russen sagen. Sie sind der einzige, der uns retten kann, Sie allein! Ich Mademoiselle de Cominges bitten Sie inständig — Sie verstehen Sie verstehen ja wohl?" so redete er in flehendem Tone deutete mit den Augen auf Mademoiselle Blanche. Er bat ei-

In diesem Augenblick wurde dreimal leise und respektvoll an die Tür geklopft, und als geöffnet wurde, stand ein Kellner da und einige Schritte hinter ihm Botapnytsch. Sie waren von Torte gesättigt und hatten den Kaffee aufgegessen.

„Aber es ist ja erst halb vier!“ sagte ich.
Die anderen waren sehr erstaunt.

„Die gnädige Frau könnten gar nicht einschläfern, sondern wählten sich immer umher, standen dann auf einmal auf.“

"Welche Megäre!" rief der Grieck.
In der Tat stand ihm die Tante bereits vor dem Portal, auf

"Na, dann schaffst mich hin!" rief sie, und wir begaben wieder zum Roulette.

Die Tante befand sich in sehr
Stimmung; es war deutlich, daß sie un-
geduldiger, reiz-
wetter nichts konnte.

on das Roulette. Für alles andere hatte sie keine Aufmerksamkeit übrig und war überhaupt im höchsten Grade gesittet. So Beispiel fragte sie unterwegs nach nichts mit dem Interesse am Vormittag. Als sie eine prächtige Equipage sah, die an vorbeilaufte, hob sie wohl die Hand ein wenig auf und rief: „Was war das? Wen gehörte die?“. Schien aber dann die Antwort gar nicht zu reichen. Sie sah in Gedanken verstimmt, unzufrieden über die Besessenheit fortwährend durch heftige zuckende Körperbewegungen und scharfe Worte. Als ich (wir waren nicht weit vom Kurhaus) in einiger Entfernung Baron und die Baronin Burmerhelm zeigte, sagte sie seufzend in ganz gleichgültigen Tone: „Ah!“, drehte sich dann zu Sophie und Marie um, die hinter ihr gingen und geriet

"Na, wora kommt ihr denn wieder mitgelaußen? Ich
fand ich end nicht mitnahmen Kraft, doch ihr nach Hause kom-
tis habe an dir genug," flügte sie, zu mir gewendet, hinzu, nach
jene beiden hier eilig verbeugten und nach Hause umzudrehen.

Was hält der Faschismus für den Herbst auf Lager?

Aus Rom wird uns geschrieben:

"Im Herbst kommt das Greifbare" hat Farinacci einmal gesagt, das Wort Mussolinis partierend, der für das Frühjahr „das Schöne“ in Aussicht gestellt hatte. Wie wird nun dieses Greifbare ungefähr aussehen? Im allgemeinen ist man der Ansicht, daß es sich um eine neue Offensive gegen die Opposition handelt: Zwangsumsatz für die noch in Italien befindlichen Führer, Abteilung der Staatsbürgerschaft und Beschlagnahmung der Güter für die im Ausland lebenden. Das alte Programm Farinaccis, das nun greifbar werden soll. In der Tat muß es sich wohl um einigermaßen schweres Geschäft handeln, wenn Farinacci in einer Konferenz der faschistischen Abgeordneten und Senatoren am 3. d. M. seine Leute aufgefordert hat, sich bereitzuhalten, alles zu wagen, für den Triumph ihres Oberhauptes. Gleich andere Triumphe könnte dieses Oberhaupt, das man immer wieder als „Staatsoberhaupt“ bezeichnet sieht (was sonst in monarchischen Staaten der König ist) noch feiern, außer dem des physischen Sieges über seine Gegner, außer dem der persönlichen Rache? Was kann man den Leuten der Opposition noch nehmen, außer dem Verfügungsrrecht über ihre physische Persönlichkeit und über ihren wirtschaftlichen Besitz?

Die letzten Auguststage haben einen großen faschistischen Vorstoß gebracht: die Einführung der Postmiliz, die schon mehrere Tage vor dem Inkrafttreten des Dekrets schenkt unsere Briefe durch und alles unterstellt, was ihr ungeeignet schien. In dieser neuen Institution haben wir die erste technische Vorbereitung der Regierung auf den Machtwechsel. Für die Befestigung der italienischen Präzeß sorgt die Senzur, für die Befestigung der Auslandsberichte wird die Postmiliz sorgen, und so wird sich die oft wiederholte Prophezeiung Farinaccis bewahrheiteten, daß der Prozeß „eine Niederlage der Opposition werden wird“. Neben der Schlacht des Korns und der „Schlacht der Lira“ wird nun auch die „Schlacht des Prozesses Mattiotti“ zu einem glorreichen Ende führen, und der Haupttruhm wird der Postmiliz zufallen, die mit wahren Heldenmut gegen einen geringen Sohn das Briefgeheimnis verletzt. Dieses vorher abzuschaffen, ehe man eine eigene Sorte Beamte schafft, es systematisch zu verlegen, hat der reformatorische Geist des Faschismus vergessen.

Vorläufig bringt die technische Erhöhung des Postdienstes allen Handelsfirmen, die mit dem Ausland zu tun haben, so viel Schaden, daß wahrscheinlich der Finanzminister gegen die neue Schikane Einspruch erheben wird. Merkwürdigweise hat sich der Faschismus im Finanzminister eine rechte Rute aufbinden müssen. Sicherlich, daß der Großindustriele Volpi in Mangel eines kirchlichen Glaubens befindet, aber Finanz und Volkswirtschaft sind recht sensible und leicht verletzbare Zweige des nationalen Lebens. Beide vertragen schlecht eine intensive politische und parteiliche Kontrolle, beide werden durch die im Parteiprogramm einbezogenen, teils wachsenden Staatsausgaben geschädigt.

Bei seiner Marie, alles von Rom aus vaterlich zu entlenen, muß der Faschismus beständig zentralisieren; bei der Notwendigkeit, seine vielgestaltige Dankeschuld an alle möglichen Menschen abzutragen, muß er immer wieder neue lukrative Stellen schaffen. Augenblicklich erscheint gerade große Begeisterung für die Abschaffung kommunaler Autonomie. Viel abzuschaffen ist freilich nicht mehr. Im vorigen Jahre wurden 278 Stadtwärtungen ausgelöst und für andere 361 wurde die Zeit der außerordentlichen Verwaltung verlängert; es stand also ein Ausnahmeregime für 639 Kommunen, unter denen sich Rom, Turin, Genua und bis vor kurzem auch Palermo und Catania befanden. Der Ausnahmestand soll nun die Regel werden. Der Bürgermeister soll nicht mehr gewählt, sondern von der Regierung ernannt werden, soll kein Vertrauensmann des Mehrzahl der Bürger, sondern ein Handlanger des Ministeriums des Innern sein. Über auch diesmal steht der Finanzminister abhängig, dem allgemeinen Jubel fern. Die bisherigen Bürgermeister waren unbekannt, die Kommunale dagegen bekommen einstweilen 80 Lire täglich, die geplanten „Podesta“ werden wohl in den großen Städten mehr bekommen müssen. Dem Neapolitaner Mattino folge wird die jährliche Mehrausgabe der Reform sich auf etwa 500 Millionen Lire belaufen, die direkt aus der Staatstasse in die Taschen wachsender Faschisten fließen werden.

Das Zwangsdomizil braucht an sich nicht kostspielig zu werden. Man verkauft das oppositionelle Pakt auf eine Insel und basta. Die Beschlagnahmung der Güter wird sogar noch etwas einbringen. Aber trotzdem kann auch hier der Finanzminister den Standpunkt Farinaccis, also des 100prozentigen Faschismus, nicht teilen. Nach dem Mordanschlag auf Amendola hat sich die internationale Börse mehrere Tage lang recht unruhig gemacht und der Minister Volpi hat sich damals bitter darüber beschwert. Die Beziehung von Turati, Orlando, Amendola, Sforza usw. würde wahrscheinlich nicht das Mittel sein, die im Zuge begriffene Auswertung der Lira zu fördern.

Die heutige Aufwertungspolitik bewährt sich bis jetzt sehr; in einer Woche ist das englische Pfund von 129 auf 120 Lire gefallen, der Dollar und der Franken sind auch entsprechend billiger geworden. Dies ist eine direkte Folge der Auflösung aller Wertkredite im Ausland und des Verbots des Terminhandels mit schwärmiger Valuta. Die vielen, die auf die Börse der Krise spekuliert hatten, müssen nun in barrem Geld bezahlen. Daher auf allen Märkten starke Nachfrage nach Lira und entsprechende Preiserhöhung der gehuchten Ware. Diese Politik hat aber einerseits zur Verzwe-

lung, daß sich die einheimische Hochfinanz und namentlich die exportierende Großindustrie nicht mit ihren inflationistischen Forderungen durchsetzen und dann, daß man nicht durch die innere Politik Italiens im Ausland die Überzeugung der Unhaltbarkeit der heutigen Zustände des Faschistreiches auslösen. Denn, rund 5 Milliarden der 20 Milliarden des italienischen Notenumlaufs sind im Ausland, das also Mittel und Wege hat, auf den Stand der italienischen Valuta durchgreifend einzumachen.

Freilich hat der Faschismus einen großen Traum: den eines innigen Einvernehmen mit der nordamerikanischen Hochfinanz. Faschisten und die 100prozentigen Amerikaner sollten einander wahllos gut vertragen. Deshalb herrsche in den hiesigen Faschistenkreisen großer Jubel über die Verhaftung des Genossen Bacirca in Newark. Man berichtete mit Freude von der verweigerten Haftentlassung, weil unser Genosse nicht 50 000 Dollar Kavution stellen konnte. Aber die nordamerikanische Regierung hat Bacirca ohne Kavution in Freiheit sehen lassen; sie will offenbar in dem ungleichen Konflikt zwischen Faschismus und Opposition eine Begünstigung des Stärkeren nicht mit dem Sternenbanner decken.

Trotzdem werden wir im Herbst Farinaccis Früchte reifen sehen, es sei denn, daß der Finanzminister sie verhagste ...

Kleine Auslandsnachrichten.

Wirth bei Coolidge. Präsident Coolidge wird im Laufe der nächsten Woche den ehemaligen deutschen Reichskanzler Dr. Wirth empfangen.

Abd el Krim verwundet? Nach unbestätigten Meldungen aus englischer Quelle soll Abd el Krim bei den letzten Kämpfen um das Bergmassiv von Sibane durch eine Kugel am Bein verwundet worden sein.

Rücktritt des litauischen Kabinetts. Wie die „Ritausche Rundschau“ meldet, hat das Kabinett Petruski nach einem Kabinettstag im Zusammenhang mit den Kopenhagener Verhandlungen dem Staatspräsidenten das Rücktrittsgesuch des Gesamt-Kabinetts überreicht. — Das litauische Kabinett war von den Rechtsparteien gebildet worden. Es ist offenbar unzufrieden mit dem Versuch des Staatspräsidenten, in Wirtschaftsfragen einen Ausgleich mit Polen zu finden, um insbesondere das Memelgebiet vor dem völligen Verfall zu retten.

Französisches Bündniswürdigkeit gegen deutsche Güte. Eine Abordnung, bestehend aus Professoren, Industriellen und Handwerkern Hamburgs, die nach Paris gekommen war, um die Weltausstellung für angewandte Kunst zu besichtigen, ist am Sonnabend vom französischen Unterrichtsminister in Montreux empfangen worden. Im Namen der Delegation dankte der Vizepräsident des Hamburger Senats für die freundliche Aufnahme, die die Abordnung in Paris gefunden hat.

Das Erscheinen von zwei großen englischen Kreuzern im Schwarzen Meer, die unterdessen bereits ihr Ziel, den rumänischen Hafen Constanza, erreicht haben, hat in den Marinetreffen des Sowjetbunds viel Aufsehen erregt. Ein Mitglied des Revolutions-Kriegsrates der Schwarze-Meer-Flotte, Satorni, erklärte Pressevertretern, daß man in Odessa in dieser englischen Kreuzerfahrt eine Demonstration sehe, gerichtet auf eine Antwort auf die Männer der Roten Flotte im Schwarzen Meer. Für den Augenblick sei allerdings von diesem Kreuzerbesuch eine politische Bedeutung nicht zu befürchten. Daß die englische Flotte, wenn nicht in der ganzen Welt, so doch jedenfalls in den europäischen Gewässern, die stärkste ist, wisse man ja auch in Rumänien und Bulgarien, und diese Länder würden daher durch das Erscheinen der englischen Schiffe auch nicht gleich zu Abenteuern bewogen werden. Die Möglichkeit einer aktiveren englischen Politik müsse man freilich immer im Auge behalten. Einer der beiden englischen Kreuzer hätte bei der Einfahrt in Konstanza die Admiralsflagge und wurde von einem rumänischen Seite mit Kanonen salut empfangen.

Sieg der Arbeitspartei bei einer englischen Erwahl. Bei der Erwahl zum Unterhaus in Stockport wurde der Arbeitlerkandidat mit 20 219 Stimmen gewählt. Der konservative Kandidat erhielt 17 892, der liberale 17 296 Stimmen. Stockport galt seit einem Jahrhundert als Hochburg der Konservativen.

Stoq Georges neue Blätter. Stoq Georges, der immer Bewegliche, hat eine neue Agitation begonnen. Er arbeitet auf dem fernen Land für eine Agrarreform. Angeblich der feudalen Besitzverhältnisse an Grund und Boden in England, wo zum Beispiel das Royal London einigen wenigen Händlern gehört, muß eine solche Agitation sehr wichtig sein. Man hatte bisher annehmen müssen, daß die Entwicklung des englischen Parteiwesens die langsame Zersetzung der liberalen Mittelpartei mit sich bringen würde. Die Agitation Stoq Georges aber befundet doch eine starke Vitalität der Liberalen.

Aus aller Welt.

Uraufführung eines neuen Gerhart Hauptmann.

Als Abschluß der Bildungswoche des deutschen Schauspielhauses in Hamburg fand die Uraufführung eines neuen Stücks von Gerhart Hauptmann statt. Das Stück, dem die Sage von Wieland dem Schmied zugrunde liegt, errang nach dem schwulen Erfolg am Schlüpf des ersten Aktes, am Ende der Vorstellung einen starken Applaus erfolg. Die Regie führte Gerhart Hauptmann selbst.

Die neue Berliner Oper.

Am Freitag abend wurde die neue Berliner städtische Oper im früheren Charlottenburger Opernhaus mit einer Aufführung der „Meistersinger“ unter Leitung von Bruno Walter eröffnet. Damit besitzt die Reichshauptstadt zum erstenmal ein eigenes Theater. Leiter ist bekanntlich Herr Tietjen, der vorübergehend ja auch unter Breslauer Oper leitete.

Georg Schmeinhart gestorben.

Der Africaforscher Prof. Dr. Schmeinhart ist gestern im Alter von 88 Jahren in seiner Wohnung in Berlin-Schöneberg gestorben. Er war der bekannte wissenschaftliche Mitarbeiter der wilhelminischen Afrikapolitik.

Eine pommerische Grabstätte niedergebrannt.

Wie Berliner Blätter aus Kolberg berichten, brach in der auf einer Insel in der Nähe gelegenen Möllnischen Bucht, die zu den größten und modernsten pommerschen Bächen gehört, ein Großfeuer aus, das für in langer Zeit über alle fünf Städte des Gebäudes entzündete. Die Brücke ist völlig niedergebrannt.

Spieldrammel an der pommerischen Küste.

Einem ausgedehnten Spieldrammel an der pommerischen Küste ist der Jallfahrtungsdienst auf die Fahr genommen. Zur Transportvermittlung hatte man den Seinen an beiden Kolberg-Rügenwaden und mehreren Fischereidörfern an der Küste geplante. Der im Süderhafen nach Kolberg geführte Spieldrammel wurde von hier aus weiter. In Kühlungsborn wurde eine Kapazität von 2000t aus der Umgebung und her übernommen, dann einem Dioron übergeben, der wieder entlassen. Dem Untersuchungsausschuß übergeben wurde der handelsrechtliche Inspektor Vogel. Die Untersuchungen nehmen ihren Fortgang.

Bor der Aufhebung der meisten Ein- und Ausfuhrverbote.

In der nächsten Woche wird, wie verlautet, eine Verordnung erscheinen, welche die Ein- und Ausfuhrverbote mit Ausnahme der in dem deutsch-belgischen Handelsvertrag vorbehalteten Verbote bis zum 1. Oktober befeilt. Die gegen Polen erlassenen Ein- und Ausfuhrverbote bleiben bestehen, ebenso einige auf wenige Warengruppen beschränkte Einfuhrverbote im Verkehr mit der Schweiz. Die Verordnung wird ferner darüber Auskunft geben, ob einzelne nicht meistbegünstigte Länder eine Sonderbehandlung erfahren werden.

Der deutsch-belgische Handelsvertrag in Kraft.

Der Ausstreich der Ratifikationsurkunden zu dem vorläufigen Handelsabkommen zwischen Deutschland und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion hat am Mittwoch im Auswärtigen Amt stattgefunden. Das Abkommen tritt am 1. Oktober in Kraft. Gleichzeitig wurde dem belgischen Gesandten eine Note übergeben. In dieser wird zum Ausdruck gebracht, daß die deutsche Regierung für den Fall, daß die belgische Regierung später zur Einführung der 26prozentigen Reparationsabgabe schreiten sollte, in einer solchen Fälligkeit eine Schätzherstellung der deutschen Waren auf dem belgischen Markt gegenüber den Waren aus dritten Ländern sehen müsse und daß eine solche Schätzherstellung mit dem Grundsatz der Meistbegünstigung in Widerspruch stünde, auf dem das vorläufige Handelsabkommen zwischen der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion und Deutschland vom 4. April 1925 aufgebaut sei. Von deßgleichen Seite wird hierzu erklärt, daß die belgische Regierung für den Fall, daß sie sich zur Einführung der Reparationsabgabe entschließen sollte, sich vorher mit der deutschen Regierung ins Vernehmen setzen werde, um eine Anwendungsmöglichkeit der Abgabe zu finden, die den Handelsvertrag zwischen den beiden Ländern, dessen Entwicklung die belgische Regierung wünsche, nicht schädige.

Die Kriegsopfer für Friedenssicherung und Völkerbundsarbeit.

Der internationale Kongress der Kriegsverstümmelten- und Frontkämpfer-Verbände in Genf, nahm einstimmig eine Entschließung an, in der unter anderem erklärt wird, die im Kongress vereinigten Verbände seien bereit, alle Bestrebungen zu unterstützen, die durch eine friedliche Beilegung von Konflikten einen dauerhaften Frieden gewährleisten. In einer weiteren Entschließung wird hervorgehoben, daß der Völkerbund internationales Gemeingut aller Völker werden müsse. Hierauf begaben sich Delegierte des Kongresses zum Völkerbundsscretariat, wo sie von Vondrand, Paul Boncour und Sir Ernest Drummond empfangen wurden, denen sie angenommenen Resolutionen des Kongresses überreichten. Genosse Paul Boncour wies darauf hin, daß es offenbar eine höhere Führung des Schiffsabsatzes sei, daß die Männer, die gegeneinander gekämpft haben, jetzt mit vereinten Kräften dahin zu treten suchen, daß ein Krieg für immer unmöglich werde.

„Was man dem deutschen Volke zumuten will!“ Unter dieser Überschrift bespricht „Das Gasthaus“, Umtschatt des Deutschen Gastwirtverbandes, in Nr. 71 eine Broschüre, betitelt „Gemeindebestimmungsrecht“, die von Dr. Kraut verfaßt ist und sämtlichen Reichstagsabgeordneten angeboten wird. Als besonders bemerkenswert werden in der Broschüre die folgenden Sätze wiederholt, mit denen die Broschüre folgt: „Denn so viel ist wohl sicher: einmal eingeführt, wird das Gemeindebestimmungsrecht nicht allzu lange auf die Erteilung von Schankvergütungen beschränkt bleiben, sondern bald auf andere Zweige des sozialen Lebens ausgedehnt werden. Eine Bevölkerung, die an dieses Stimmrecht gewöhnt ist, wird auch über viele andere Dinge, die jetzt noch aussichtslos von Behörden, Ausschüssen oder sonstigen Körperschaften erledigt werden, unmittelbar mitentscheiden wollen. Wo es zum Beispiel gilt, in öffentlichen Einrichtungen gesundheitlicher oder städtischer Art Neuordnungen zu treffen, etwa bei der Regelung des Dienstwessens, wird das Mitbestimmungsrecht der Bevölkerung, besonders der weiblichen Bevölkerung, von ungeheurer Bedeutung sein. Das Verantwortungsgefühl des eingehen wird machen und das öffentliche Leben im engeren wie im weiteren Kreise an Wert und Einfluß gewinnen.“ Zu diesen Sätzen folgt „Das Gasthaus“ ganz entgegen: „Ob es angeht, ob die abstinenzistischen Oberschichten wirklich in Deutschland jemand gibt, der nunmehr noch für ein Gemeindebestimmungsrecht stimmt?“ Wir sind überzeugt davon, daß nun mehr erst recht alle die für das Gemeindebestimmungsrecht eintreten werden, die das Volksinteresse über das Interesse eines einzelnen Berufs zu stellen gewillt sind.

Die Tropushälfte in Leipzig.

Das Gesundheitsamt in Leipzig verbreitet eine beruhigende Meldung über die öfters auftretenden Tropushälfte: die Zahl der Todesfälle, bisher 4, sei gegen das Vorjahr erheblich zurückgegangen.

Neue Goldlager auch in Nord-Italien?

Wie der Berliner „Montagpost“ meldet, soll in der Gegend von Palanga am Lago Maggiore (italienisch-schweizerische Grenze) ein großes Lager von goldhaltigem Quarz entdeckt worden sein, das über 50000 Tonnen umfassen soll. Der Wert des Lagers wird auf 200 Millionen Pfund geschätzt. Bestätigung bleibt abzuwarten.

Neue Riesenbrücke in Japan.

Am Sonnabend und Sonntag ist die Hauptstadt Tokio erneut von schweren Bränden heimgesucht worden. Der Brand des Ministerpräsidenten wurde durch eine Feuersturm vollständig zerstört. Der Schaden wird auf 20 Millionen Yen geschätzt. Am Sonntag vormittag wurde das Schloß des Prinzen Togukawa durch einen Brand völlig zerstört. Nach der Zerstörung des Parlamentsgebäudes durch Feuer, erregen diese zwei Brände, denen wiederum öffentliche Gebäude zum Opfer gefallen sind, in Japan größte Aufmerksamkeit, da politische Attentate vermutet werden.

Wieder Worte braucht man?

In einem amerikanischen Blatt, das die Freie erörtert, wiewiel Worte der Direktionsmitglieder notwendig sind, wird darüber hingeworfen, daß der „Standard-Dictionnaire“ das große englische Wörterbuch 350 000 Wörter habe, versteckt. Gegen diese Riesenmäße ist selbst der Wörterbuch Großdeutschlands klein, der kleine aufzählerische Dictionnaire mit 10 000 Wörtern. Aber diese Dictionnaire brauchen noch jede viel weniger, nämlich 10 000, das ebensoviel wie der kleine einer anderen Sprache braucht, nämlich 3000. Der englische Wörterbuch besteht mehr als 3000 bis 4000 Wörter. Das Schauspielwörterbuch hat 1000 Wörter, braucht man nicht mehr als 2000 Wörter, um darin zu leben. Braucht man nicht mehr als 200 Wörter, um darin zu leben. Der kleinste Gebrauchs-Wörterbuch kommt in einer kleinen Tasche mit einem Taschenbuch, das nur 100 Wörter enthält. 100 Wörter überzeugt und können in verschiedenen Sachen gebraucht werden. Und darüber hinaus kann man nicht mehr als 200 Wörter haben, um diese Sachen zu verstehen. Das ist der größte Unterschied zwischen dem kleinen und dem großen Wörterbuch.

Ausschneiden!

Einmalige Bekanntmachung.

I. An Invalidenversicherungsmarken sind ab 28. September 1925

Monat	Marken	zu	Rpf.
bis 6	12	2.	(blau) 50
= 12	18	3.	(grün) 70
= 18	24	4.	(braun) 100
= 24	30	5.	(orange) 120
= mehr als 30		6.	(grau) 140

Reichsbürger Beitragsmarken aus für Seiten vor dem 28. September 1925 dürfen nach dem 14. Oktober 1925 nur noch den obigen Sätzen und Werten verwendet werden. Die Marken der bisherigen zu den verkaufsstellen gegen gültige Marken in den obigen Werten umgetauscht werden.

Auch die sogenannten Frauen- und Kinderzulagen, Rentnieren (Gewinnanteile), Gratifikationen sowie Sachbezüge, d. h. Rost und Wohnung gelten als Lohn. Der gemeinsame Wert der Rost und Wohnung beträgt für

weibliche Hausangestellte, Lehrlinge, Lehrländchen und jüngste gering bezahlte weibliche Arbeitsträger (z. B. Mägde) sowie jugendliche landwirtschaftliche Arbeiter, legtere bis zum Alter von 20 Jahren, monatlich 30,— RM (33,— RM), wöchentlich 6,90 (7,80). monatlich 40,— RM (44,— RM), wöchentlich 9,25 (10,20).

Die Sätze in Klammern gelten für die Städte Görlitz, Görlitz, Grünberg, Liegnitz, Giersberg und in den Kreisen Görlitz-Land und Hoyerswerda, welche diese höheren Sätze für Sachbezüge haben.

II. Beispiele für die Höhe der zu verwendenden Marken:

Es sind nach Ziffer I beispielweise im Kreise Görlitz zu lieben:
im Haushalt: für weibliche Hausangestellte mit einem hohen Monatslohn

bis 19 RM	Marken	1.	Lohnklasse zu 50 Rpf. (blau)
= 19	-	2.	(grün) 70
= 19	-	3.	(braun) 100
= 19	-	4.	(orange) 120
= mehr als 19	-	5.	(grau) 140

männliche Hausangestellte, Knechte, männliche und weibliche Gewerbegehilfen (zu denen auch Dienstmädchen in Gewerbebetrieben wie Gastwirtschaften, Fremdenhäusern, Kliniken, Bäckereien pp. gehören),

monatlich 40,— RM (44,— RM), wöchentlich 9,25 (10,20).

in den Kreisen Görlitz-Land und Hoyerswerda, welche diese höheren Sätze für Sachbezüge haben.

III. In der Landwirtschaft sind allgemein zu lieben:

a) in häuslichen Betrieben für ledige männliche Personen bis zum vollendeten 18 Jahre | Marken 1. Lohnklasse

weibliche | zu 50 Rpf. (blau),

ledige männliche Personen über 18 Jahre | Marken 2. Lohnklasse

weibliche | zu 70 Rpf. (grün).

b) in landwirtschaftlichen Großbetrieben für die einzelnen Arbeitergruppen Marken in der Höhe,

wie sie der Kreisarbeiterverband jeweils mitteilt.

IV. Für unständige Arbeiter gilt als Wochentrdienst der vierfache Ortslohn; daneben

sind Beispiele wie in Breslau zu lieben:

für männliche unständige Arbeiter (Ausflussteiner, Hausmänner pp.) Marken 5. Lohnklasse

zu 10 Rpf. (grün), für weibliche unständige Arbeiter (Webschwestern, Bettwäscherinnen pp.) Marken 2. Lohnklasse zu 50 Rpf. (blau),

für alle freiwillig Versicherten für alle freiwillig Versicherten dürfen Marken der 1. (niedrigsten) Lohnklasse nicht mehr gefordert werden. Die Marken sind vielmehr in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Lohnklasse nach den Sätzen zu 1 entrichten; beträgt das Einkommen nicht mehr als 12 RM wöchentlich, so sind wenigstens Marken der 2. Lohnklasse zu 50 Rpf. (blau) für die Woche zu lieben.

V. Für Versicherte deren wöchentliches Entgelt — einschließlich Sachbezüge — 6 RM nicht übersteigt, sowie für Lehrlinge (für letztere ohne Rücksicht auf den Arbeitsdienst) hat der Arbeitgeber den vollen Beitrag aus eigenen Mitteln zu entrichten; er darf dem Versicherten also die gesetzliche Beitragsabfuhr vom Lohnen nicht abziehen.

VI. Gellebt werden müssen:

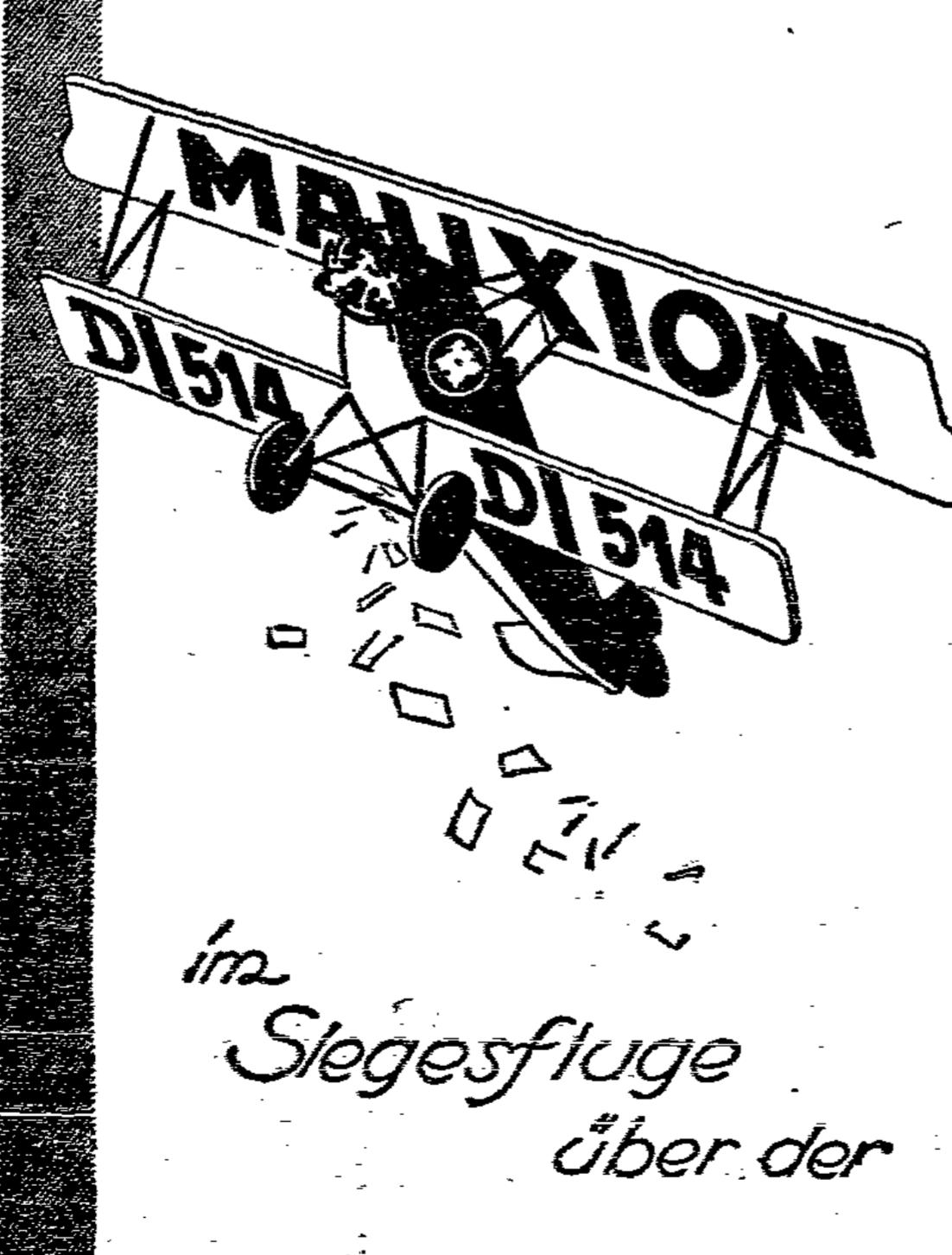
1. Die Rikraft auf das Lebensalter — auch für Personen unter 16 Jahren, selbst für Schulkinder, die gegen irgend eine Vaterschädigung arbeiten.
2. für Lehrlinge mit Taschengeldern, Erntegeldern, Taschengeldern pp.
3. für Söhne oder sonstige Verwandte, die Lohn als Taschengeld oder unter einer anderen Bezeichnung erhalten.
4. für alle Laiengewerbereitenden (Heimarbeitler).
5. für die Empfänger einer Altersrente (braune Rentenquittungen „A“), solange die Rente nicht in eine Individualrente umgewandelt ist, was jederzeit vorgenommen kann.

VII. Lieber Brotsel aller Art geben die zuständigen Kontrollstellen der Landesversicherungsanstalt Schlesien dies bereitwillig Auskunft.

VIII. Die Bekanntmachung ist in den Schalterräumen des Postamtes und Postagenturen zum öffentlichen Aufhang gebracht und kann dort, sowie bei den Gemeindebehörden, den Quittungskarten ausgabestellen und den Krankenkassen jederzeit eingesehen werden.

Breslau, den 10. September 1925.
Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Schlesien.
J. L. von Legat.

DAS BESTE VOM BESTEN!



3 billige Tage!

in der
„Nordsee“



NordseeStr. 2, a.d.
Teichst. Unterführ.
Schmiedebrücke,
Nordrechts v. Ring aus
Neu-Schweidnitzer
Str. 5a, rechts v. d.
Gartenstraße.

Geschäftsführer:
Fedor Trepp.

Fernsprecher für alle 3 Geschäfte: Ohle 5290, 5291, 4223.

Wir verkaufen ab Montag früh 8 Uhr u. a.:

Feinsten Goldbars | ohne Kopf | das Pfund 28 Pf.

Feinsten Seelachs | im Pfund nur 28 Pf.

und alle andren Seefische ebenfalls billig!

Bitte beachten Sie unsere Preise in den Fenstern!

Lebende Karpfen, Schleien, geschlangene Hechte, Zander, Lachs.

Ferner zu Ausnahmepreisen:

2500 ff. Bratheringe die Dose 98 Pf.

1000 ff. Rollmops 125 Pf.

1-Liter-Dosen ff. Blasenheringe die Dose 125 Pf.

1-Liter-Dosen ff. Rosenheringe die Dose 95 Pf.

1000 1-Pfd.-Dosen ff. Horing in ganz freier die Dose 68 Pf.

Feinste, frischeste klarem Dos. Pf.

in Breslau geräucherte Und 15 Pf.

Und unsere Spezialität: Fett-Bucklinge 1 Pfund 100 Pf.

ff. Butterale 3-4 Stück 40 Pf.

starkere 100 Pf.

4227

ANUGA BRESLAU

Berücksichtigt unsere Interessen!

Vom Lebensmittelmarkt.

Doppelt schwer läßt sich in den Herbsttagen die Armut empfinden. Ueberall kostet die kostbare Ware zum Kauf und nur wenige sind imstande, größere Einkäufe zu tätigen. Es ist ganz gleich, welchen Artikel man herausgreift, bei seinem kann man den Preisstand der Vorriegszeit feststellen. Sehen wir vom Fleisch und Geflügel vollständig ab, so haben auch Fische, Gemüse und Obst keine volkstümlichen Preise. Das einzige, was in dieser Woche etwas billiger wurde, waren die leichten Gurken. Als kleine Gräser gurken wurden sie zu 1.20 Mark das Pfund abgegeben. Das Pfund Senfgurken oder auch die kleinen Pfeffergurken kosteten 20 bis 30 Pfennig das Pfund. Teurer wurden die Pilze. Steinpilze wußten sogar die zu 1.20 Mark das Pfund bezahlt zu haben und für Pfifferlinge forderte man 60 und 70 Pfennig. Andere Sorten, wie Grüne Rüben, Schälpilze usw. konnten man mit 30 bis 50 Pfennigen das Pfund kaufen. Für grüne Bohnen wurden 20 und 25 Pf. für Wachsbohnen 40 und 50 Pf., und für das Pfund Spinat 25 Pf. verlangt. Für rote Rüben oder gelbe Erdrüben forderten man 15 Pf., für Rosenkohl 70 Pf. und für das Pfund weiße Rettiche 25 und 30 Pf. Die Tomaten sind noch recht gut, doch ist ihr Pfundpreis 30 und 40 Pf. Für ein Pfund Kürbis zahlt man 8 bis 15 Pf. und für das Pfund roter Hagebutten 30 Pf. Die Kartoffeln bestimmen die Preise der Vorwochen, vergleichlich warnt man auf billige Pfauen. Für einen Pfundpreis von 15 Pf. bekommt man eine mäßige Ware, für gute Früchte zahlt man 20 und 25 Pf. Tiefkühl-Kartoffelen kosten 30 Pf. bis 1 Mark das Pfund. Sehr groß ist das Angebot an Weintrauben, die einen Pfundpreis von 35 bis 60 Pf. haben. Auch allerorten teure Früchte gibt es noch, für Bananen zahlt man 70 Pf. für das Pfund und für goldgelbe Bananen, ja nach ihrer Bezeichnung, 10 bis 15 Pf. für das Stück. Holt alle Apfeln und Bananen, mit denen unser Markt versorgt ist, ist Auslandsware, deshalb beträgt ihr Pfundpreis auch 20 bis 70 Pf. Hoffentlich reist eine warme Herbstsonne nun auch unter Oben.

In den Fleischereien hat sich nichts zum Besseren gewendet. Darum in der Geschäftsgang hier ein recht flauer, da sich viele Haushalte um den argentinischen Fleisch zu kümmern, das ja allerdings auch nicht billig ist, doch in allerbester Qualität durchgeführt wird. Für das Pfund Geflügelzündfleisch zur Suppe zahlt man 70 und 80 Pf., für Schmortfleisch 1 Mark, für Rouladen und Roastbeef 1.10 Mark und für Filet 1.20 Mark. Das Geflügel? Schweinefleisch kostet als Saucch 1.30 Mark, als Schulter und Schnitten 1.35 Mark und als Roastfleischstück 1.60 Mark. Diese Preise reichen auch fast an die Frischfleischpreise heran, doch müssen die Haushalte heute schon mit einer Wehrausgabe von 10 Pf. rechnen.

Bebauerlicherweise wurden auch die Seejische etwas teurer. Für ein Pfund Seejisch oder Goldbarsch muß man jetzt 35 Pf., für Braithwells 38 Pf. und für Kobian im Schnitt 65 Pf., das Pfund bezahlen. Kleine Badzungen aber kostet 1.20 Pf. für das Pfund. Schollen 1 Pf. und Fischostelets 80-90 Pf., das Pfund. In diesen Tagen war das Angebot an gebräutigten Fischstäbchen sehr groß. Es konnte man geschlagene Karpfen zum Pfundpreis von 1 Mark bis 1.50 Mark kaufen, geschlagene Schleien für 1.50 Mark, geschlagene Hühne für 1.70 Mark und geschlagene Fischstäbchen für 2.50 Mark das Pfund. Lebend kosteten Karpfen 2 Mark, Hühne 1.90 Mark, Schleien 2.40 Mark und Soles 2.80 bis 3.20 Mark das Pfund. Hühner gab es noch zwischen das Pfund zu 80 Pf. und Weißhühner das Pfund zu 30 und 40 Pf. Neben großen Mengen Röderhaaren wurden Küter Süßlinge eingekauft zum Pfundpreis von 60 und 70 Pf. Spezialitäten aus dem Pfund zu 1.20 Mark und Küter-Sprotten das Pfund zu 1.20 bis 1.60 Mark. Letztere wurden auch in kleinen Fässchen eingekauft, die Kiste zu 1.5 Mark.

Ein Weizenerangebot war in diesen Tagen auf dem Fleißigemarkt. Schwerweise Gänse und Enten wurden zu recht teuren Preisen angeboten. Rebhühner kosteten höchstens 2 Mark das Stück. Tauben 50 Pf. bis 1 Mark. Rotes Gänsefett wird zum Pfundpreis von 3 Mark angeboten. Die Butter behielt dieselben hohen Preise wie in der Vorwoche. Außerordentlich interessant wäre eine Statistik, zum wie langsam werden würden, in welcher Weise der Butterkonsum im letzten Vierteljahr zurückging. Von allen Butterarten hat sich bekanntlich die Lambutter nur kurze Zeit frisch, desto wurde sie in den letzten Tagen um den Abzug zu beschleunigen, an manchen Stellen auf 2 Mark das Pfund abgegeben. Die Eier werden jetzt zum Stückpreis von 14 und 15 Pf. verkauft.

Der Blumenmarkt bietet ein buntes Bild. Für ein Straußchen Heideblätter zahlt man 10 und 20 Pf. für ein Straußchen blausträbiger Amaryllis 30 Pf.

Eröffnung der „Aula“.

Die große Ausstellung von Nähungs- und Gewerbeartikeln wurde gestern mittag im Rathaus eröffnet. Kaufmann Max Schöppeler, Oberbürgermeister 3. Klasse, Oberregierungsrat Dr. Wagner, in Vertretung des Regierungspräsidenten, und Oberbürgermeister Dr. Wagner hielten dabei Reden. Ein Gang durch die Ausstellung zeigt die große Bedeutung der Ausstellungsinstitution für die Volksverrichtung. Zwei der Ausstellungen sind ein doppelter. Einmal indem die Aussteller, wie sonst üblich, nach Kunden, andererseits aber soll zugleich das Publikum mit all den Erzeugnissen wieder vertraut gemacht werden, die es dem Namen nach aus den Ausstellungsinstitutionen kennt, als die „Feste“ Regie-Wurst“, „Wichwadde“, „Zerfame“, Hauswaid, Front und andere Sortes, Stoffwaren, Seiden- und kostige Schalabenden, Kekses, Käbels, Käsekärtchen, Obst- und Getreideartikeln. Natürlich fehlen auch die Gewürze nicht, vom Feinschmecke angefangen bis zum alten Staatsdienst und Leben-Urtell. Doch wieder steht man Münzen, an anderen Ställen Schalen oder Käse. Die Ausstellung ist in jeder Hinsicht geschmackvoll, und zugleich werden im gegenüberliegenden Ausstellungsbau noch eine große Anzahl von Ausstellungsinstitutionen gezeigt, die den Gewerbeaufbau selbst zu gewandelter Zeiterstellung seiner Güter erzielen sollen. Darunter sollen besonders fünf Fenster der Firma Otto Schöppeler auf die dem Kind, der Dame, dem Junggesellen, der Hausfrau und dem alten Herrn gerichtet sind, und alles enthalten, was den entsprechenden Gütern beizutragen ist. Beider werden sich nur wenige Tage zu erstaunlich gefüllten Stunden, wie die Schauvorstellung es sonst ist.

So vieles auf der Ausstellung kann nicht für den kleinen Geschäftsmann, so leicht für den Betrieb für unsere Bedürfnisse und Güter vorzusehen. Einmal möchte es mir nicht, wenn die entsprechende Ausstellung eröffnet, um zweimal besser sich das Leben geschehen sieht, wenn man das soziale Gewissen hat, nämlich es zu studieren und dann über auch kann jede Ausstellung lernen, wie sich der einzelne Tag abwickelt und welche Arbeit er leistet. Die letzte Frage: „Was werde ich heute kaufen?“ magst du sicherlich nicht, wenn auch auf den verschiedenen Ausstellungen der Ausstellungsinstitutionen verhandelt ist.

Mit den gewöhnlichen Erzeugnissen könnten die Geschäfte nicht am Ende zuviel kosten, denn wenn man jetzt die Tot nach so groß ist, so muß doch die Wohnung immer in dieser Linie sein.

Gesangsklasse.

Die neue Gesangs- und Sängerklassenleitung ist abgeschlossen.

Die Gesangsklasse ist es gewohnt nicht, wenn man bei einem Auftritt durch die Stadt einen schönen Preis und Preisgeld erhalten. Die Klasse besteht aus den drei Klassen: Klasse I, Klasse II und Klasse III. Es gehören zur gesanglichen Gesangsklasse 12 und 1 Uhr mittags auf der Opernstraße und

Schweidnitzer Straße. Diese unerzogenen jungen Leute waren Schuhmühljünglinge, zirka 80 bis 100 an der Zahl. Auf der Schuhmühlstraße grüßten sie das „gekratzte“ Lied, von dem man hoffen durfte, daß es längst abgetan ist. „Alte-Detmold“, eine wunderliche Stadt, darinnen ein Soldat, ei der muß marschieren in den Krieg, wo die Kanonenstahl“. Wenn diese Kinder, die von Krieg und Kanonen nur aus ihren Schulbüchern etwas wissen, ohnen würden, wie kindlich und lächerlich aus ihren Liedern solch ein Lied am Sonntag mittag sich anhört, würden sie wohl bestimmt verstummen sein. Enden kindlich und lächerlich wirkten an der Schuhmühlstraße, Ecke Junferstraße, ihre Strohgräte und ihr Wäschlein, wobei offenbar wurde, daß von 1 bis 4 zu zählen, für einige zu schwer war, denn es wollte durchaus nicht klappen. Dann ging es unter Kopftüchern aller Vernünftigen die Schweidnitzer Straße entlang, wobei sie das bekannte Lied mit dem immer wiederholten Refrain: „Hallenkreuz am Stahlhelm, schwarz-weiß-rotes Band“ sangen.

Es ist bezeichnend für den Zustand und die Kinderstube dieser Sorte Menschen und für die ungeheure Toleranz unserer Polizei, diejenen ruhestörenden Elementen gegenüber, daß sie solches Auftreten und Absingen dieser Lieder gerade am Neujahrsfest unter jüdischen Mitbürgern wagen durften. Offen liegt hier gemeinschaftliches Treiben vor aller Augen. Unniveau dieser unwürdige Aufzug mit einer geplanten Inszenierung des von jüdischen Festgottesdienst kommenden Tempelbesuch im Januarmonat steht, wissen wir nicht; wohl aber, daß eine solche bedächtig und im Tempel rechtzeitig auch bekannt gegeben wurde. So wurde dadurch folgender Jetz von Hand zu Hand gereicht:

Nicht wegwirren! Antisemitische Heger beabsichtigen heute nach Ende des Gottesdienstes unter Glaubenszeugen zu provozieren. Wir werden ihnen hierzu keine Gelegenheit geben, sondern unverzüglich nach Hause gehen.

Reichsbund jüdischer Konsulsräte, Ortsgruppe Breslau.

Es ist wirklich in unserem Breslau höchst weit gekommen, wenn solches möglich ist! Was sagt die Polizei dazu, was sagen alle vernünftigen und friedliebenden Bürger unserer Stadt? Es ist gewiß, daß in Berlin solches Geschehen nicht möglich wäre. Auch hierin ist Breslau weit zurück und es in höchste Zeit, daß energische Schritte gegen den Verter mit Knüppeln bewaffneter Unreinen vorgenommen werden.

Unvermutete Ereignisse

wie Krankheit oder Unglücksfälle können jeden jederzeit treffen! Vorsicht ist es, daran zu denken! Ein Konto bei der Sparkasse enthebt Sie vieler Sorgen!

Städtische Sparkasse zu Breslau.

Achtung, Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbeamter!

Donnerstag, den 22. September, abends 7½ Uhr, im Zimmer 10 des Gewerbehauses findet eine Sitzung statt mit dem Referat: „Strittiges aus der Rechtsprechung des Arbeitsrechts“, Ausprache und Beschiedenes. Es werden alle Beisitzer in dieser Sitzung bestimmt erwarten.

Zur Mordjause Kosten.

Noch immer ist der Doppelmord in Bölkowswalde nicht geklärt. Wiederholt durchdringen wohl Gerüchte die Stadt, daß die Hausdame, Frau Neumann, ein Geständnis abgelegt haben soll, auch sollte ein Einbrecher, ein Schläger, Angaben gemacht haben, die mit dem Mord in Zusammenhang gebracht werden, doch alles enthebt jeder Begehrung. In Wirklichkeit bestreiten sowohl Frau Neumann als auch die Stadtbeamten Schlechte jede Schuld an dem Mord. Und der vor einigen Wochen verhaftete Fleischer soll vor dem Untersuchungsrichter ausgezögert haben, daß er die Neumann gar nicht kenne. Fleischer ist wohl ein verwegener Ein- und Ausbrecher, doch niemand in den ihm nahestehenden Kreisen traut ihm eine Mordtat zu. Auch steht er eine oft dargestellte Erichtung nicht verhütht, sondern es geht sicher mißgönntzen.

Vor einigen Tagen fand in der Räthe des Ermordeten, großerster Kosten, durch den Nachlassleger, Rechtsanwalt Thaem, eine Juweliaraufnahme statt. Es soll hierbei ein Testament aus dem Jahre 1914 gefunden worden sein, worin es keine Eben nur seine Verwandten aufgeführt sind. Ein weiteres Testament soll sich bisher nicht gefunden haben. Zur Sicherung der ganzen Angelegenheit sollen noch die Anwendungen des Erbtheiters vom Unterhofsrichter vernommen werden.

Arbeiter-Jugend.

Arbeiter, Schriftführer und Referent. Morgen abend, zunächst 5 Uhr, gesetzliche Funktionierung.

Ehren der Arbeiter-Jugend, Parteidienstler und Genossen!

Sonntag unternimmt die Arbeiter-Jugend eine Demparade, abends 7½ Uhr, dem Jungfernsee. Der Fahrtelpreis beträgt hin und zurück 1 Mark. Wir treffen uns Sonntag, abends 7½ Uhr, an der Kreuzstraße. Die Ausmarschzettel bis zum Donnerstag im Jugendbüro, Gewerbeaufsichtsamt, Zimmer 70, abzugeben.

Seim 7. Wir treffen uns jetzt um 7½ Uhr, im Raum des Seim 11 bis unteren einer Karussele.

Seim 11. Mittwoch haben wir Mitglieder-Versammlung. Alles erscheint! Interessierte Mitglieder verfahren heute abend den Ausmarschzettel in unserer Seim.

Seim 12. Mittwoch, 5. und 17. Montag, abends 7½ Uhr, Bezirkshauptlehrerhaus, „Ausstraße 16“ im Seim 6, Krieger-Schule. Alle Freunde sind mitzubringen.

Freie Literaturvereinigung und Kinderfreunde.

Gruppe 1. Klasse, heute, abends 7½ Uhr, Fürstenhalle, Schauspielhaus, partiere rechts. Elternversammlung. Gemeinsame Lehrer Schöppeler hält über „Kinderstelle und moralische Erziehung“. Kinderchef leit die Kinderarbeit mit den Kindern besprechen werden. Wie ist Ihre Meinung zu den Kinderfreunden oder zu den anderen Sozialen Parteien, kommt und bringen interessante Bekannte mit.

Zur den Arbeiters-Kinderfreunden.

Gruppe 1. Klasse, heute, 5 Uhr, im Seim, Dienstag, 4 Uhr, Treffen am Bismarckplatz, Brandenburg, abends 7½ Uhr, im Gewerbeaufsichtsamt, Zimmer 70, Treffen der Kinderfreunde zu bestimmen.

Gruppe 2. Klasse, Montag, 4½ Uhr, Treffen zum Beitreten am Bismarckplatz, Treffen geben die Kinder-

freunde, Donnerstag, 8 Uhr, Ausprache über „Kinderfreunde und Zukunftswünsche“. Der Vortrag wird abgesetzt.

Gruppe 3. Klasse, Montag, 4 Uhr, Treffen der Kinderfreunde zu bestimmen. Der Vortrag zu geben.

Gruppe 4. Klasse, Montag, 4 Uhr, Schule, Berliner Straße.

Gruppe 5. Größeres Montag, 4½ Uhr, Mühlgruppe, Dienstag geben wir Ihnen. Mittwoch, 4 Uhr, Treffen an der Bismarckstraße.

Gruppe 6. Erste Klasse, Montag und Donnerstag, 5 Uhr, Sophie am Bismarckplatz.

Gruppe 7. Elternversammlung. Eltern und Kinder, die möchten wollen, am Dienstag, ab 5 Uhr, Schule, Sophie, Sophie Straße.

Freigewerkschaftliches Jugendkarten.

3. d. K.-Jugend. Dienstag, den 22. September, abends 8 Uhr, Eröffnung unseres neuen Heims (Jugendheim, Matthäusturm), Wernerstraße unserer Musstabteilung, abends 8 Uhr, Wernerstraße des Heiligen-Geist-Gymnasiums, Seminarhaus.

Donnerstag, den 24. September, abends 8 Uhr, Heim-

abend in unserem Heim, Volksschulhaus, Tochsenstraße 29.

Jahr Jahre Tivoli-Lichtspiele.

Jahr Jahre sind jetzt vergangen, daß der Saal des „Tivoli“ in der Neudorfstraße in ein Lichtspieltheater verwandelt wurde. Für uns war diese Umwandlung keine so absolute Freude, denn damals stand der Partei ein Saal weniger zur Verfügung. Den Zug der Zeit ging nun einmal unverhütht zum Kino an. Der Saal nach dem anderen ist „Theater“ geworden, bis zu der heutigen Saaltheatertätigkeit getreten sind, unter der Breslauer Vereine mehr oder weniger leiden. Zur Zeit haben wir Eitel Friedrich Schauder ein Festspiel gespielt. Miss Neubauer, Paul Kainz und Miss Will verpassten das Spiel zu einer sehr befalligen Aufnahme. Dann kam das übliche Wochentheaterprogramm, das dieses ganz nach der lustigen Seite weigt.

- * Stadt-Theater. Montag: „Aida“. Dienstag: „Undine“.
- * Bobe-Theater. Täglich: „Der Kreidekreis“.
- * Thalia-Theater. Täglich: „Der dreihundte Stuhl“.
- * Schauspielhaus. Täglich: „Bouquette“.

* Seine Silberhochzeit feiert heute das Ehepaar Emma und Richard Salzbaur, Hildebrandstraße 16. Sie sind beide seit langen Jahren eldig in der Partei tätig, die Genossen und anderem als Frauenleiterin des Bezirks 11. Wir wünschen den Jubiläum herzlich Glück.

* Hainauer Konzerte. Die Konzert-Direktion Hainauer veröffentlichte offiziell einen Almanach auf die Konzertaison 1925/26, der die Ankündigungen der Tätigkeiten des Orchestervereins, des Bundes für neue Musik“ bringt. Männer der Konzertstätte und zahlreiche Photographien konzertierender Künstler enthält. Demnächst ist eine rege Saison zu erwarten. Der hübsch ausgestattete Almanach wird an Interessenten los abgegeben.

* Der Verband Schlesischer Tierclub-Bundes hat an der Vorstand der Breslauer Handwerkermutter das Schicksal gestellt durch geeignete Maßnahmen die Lehrmeister sowie die Prüfungskommissionen der Innungen zu veranlassen, daß sie bei aller möglichen Gelegenheit auch für die Bestimmungen, Ziele und antegediente Weise gewillt hat.

* Einem oberen musikalischen Meister erhält das Schauspieltheater, wie die Generalintendanten den Pressevertretern in einer Sitzung mitteilte, vom 1. Oktober an. In Kapellmeister Cortelegis ist der richtige Mann gefunden worden. Cortelegis geht ein ausgewählter Ruf voraus. Er war zwölf Jahre in Karlsruhe und fünf Jahre in München an führenden Ställen tätig und erwarb sich auch als Tondichter einen Namen. Erste Vorstellung (Mitte Oktober) wird er die Meisterstücke herausbringen. - Hoffentlich ist ein so gut bezahlter Posten unterzubringen; vorläufig gibt der Theaterbund Optimismus wenig Anlaß.

Arbeiter-Sport.

Schwimmverein Roseidon, Jugendabteilung. Heute Montag abends 38 Uhr, Zusammensetzung im Jugendheim, Matthäusturm. Donnerstag: Arbeitsgemeinschaft bei Schwimmgenossen Hoffmanns Sonntag, den 27. September, Zusammensetzung nach dem Heidekreislauf.

Freie Turnervereinigung Breslau, c. B. Arbeitsgemeinschaft Mittwoch, den 22. September, abends 8 Uhr, im Gewerbeaufsichtsamt, Zimmer 5. Thema: Die Frankfurter Olympiade und ihre kulturelle Bedeutung. - Am selben Tage von 6 bis 8 Uhr im Bootshaus Arbeitsdienst, an dem alle ausübenden Mitglieder teilnehmen haben.

Abends, Freie Turnerschaft Breslau, c. B. Arbeitsgemeinschaft Montag, den 21. September, das Vereinslokal befreit. Da findet die wichtige Abteilungsversammlung. Donnerstag, den 24. September, abends 8 Uhr, bei Kochs, Luisenstraße 18. Der Vorstand

Geschäftliches.

Der heutigen Gesamt-Auflage liegt ein Prospekt Gesellschaftsland. Kornkasse betreffend bei, welchen wir der Gesellschaftsland insbesondere unserer verehrten Leserinnen und gelegentlich empfehlen. Seelig land, Kornkasse, seit vier Jahren bestanden und bestens bewahrt, ist im Haushalt der gesamten Haushalte unentbehrlich.

Der Deutsche als Teetinkler. Im Auslande könnte man im Deutschen früher kaum anders vorstellen als mit einem wilden Barte, einer langen Peife und einem mächtigen, von überreicher Biergenuss erzeugten Bauch. Auch heute noch prägt die Karriere des Deutschen in den Zeitblättern des Auslandes berühmt. Sehr zu Unrecht, denn wir sind ja kein Teetinkler mehr - wir sind Teetinkler geworden. Ja, wir sogar, was mehr bedeutet. Teetinkler geworden. Nicht mehr früher trinkt der Deutsche einfach „Tea“, sondern er versteht ausgesprochen auf die „Mischung“. (Beim Tee ist das „Gemisch“ bekanntlich sehr viel schwieriger zu erkennen, als sonst im Leben!) Wir können uns ruhig zugeben, daß wir

Gewerkschaftsbewegung.

9. Tagung des Tabakarbeiter-Verbandes.

Der dritte Verhandlungstag des Deutschen Tabakarbeiterverbandes in Nordhausen begann mit einem Bericht des Kollegen Böckel-Berlin über den Gewerkschaftsgang. In der Debatte auf Berlin-Leipzig besonders lebhaft für die Industrieorganisation ein und kritisierte in starken Ausfällen die Haltung des Gewerkschaftsganges gegenüber den Bemühungen zur Vereinigung der Amsterdamer und Moskauer Gewerkschaften. Bremen antwortete Becker: „Doch wir eine Industrieorganisation für das Tabakgewerbe schaffen wollen, darüber sind uns längst einig, es muss aber noch die Frage der Organisationszugehörigkeit der in unseren Betrieben beschäftigten Metallarbeiter geklärt werden. Eine Industrieorganisation mit der übrigen Gewerkschaften kommt für uns aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen nicht in Frage. Unsere Teilnahme ist also kein Ergebnisprodukt der Bogen, sondern ein Resultat nüchterner Überlegung.“

Genosse Nörpel-Berlin entbot zunächst die Grüße des Vorsitzenden des ADGB, und wendet sich dann gegen die Befürwortung Beckers, der dem ADGB die Nachahmung der Methoden der englischen Gewerkschaften empfohlen hatte. Englands Kritik, betonte Genosse Nörpel, erfüllt seit langem den Gedanken der Solidarität. Wer redet so viel von Einheitsorganisation? Mit dem Hinweis auf England, verzichtete aber dabei, dass England eine zentrale Organisation nicht kennt. Deutschland hat freie Gewerkschaften, England dagegen über 1000. Die Motive, England veranlaßt haben, Aufschluß mit Russland zu suchen, zeigen im Streben, neue Weltauskünfte für England zu erhalten, nicht die Arbeitslosigkeit gemildert werden kann. Am Vorigen Abend sei auch dem Bericht der englischen Delegation die zufällige Abstimmung abgelehnt. Deichmann-Bremen erklärt, daß man auch der Frage der Industrieorganisation natürlich mit der Entwicklung gehen müsse, wenn man die Interessen der Arbeiter schützen wolle. Der von Deichmann gestellte Antrag, den Schlüssen des Gewerkschaftsganges zu stimmen, wurde gegen vier Stimmen angenommen.

Genosse Nörpel hält dann einen instruktiven Vortrag über Arbeitsrecht und Betriebsrätefähigkeit. Er ging aus vom Übergang der arbeitsrechtlichen Auffassungen vom Individualismus zum Kollektivismus. Der Artikel 159 der Reichsverfassung ist jedem das Recht, sich mit seinen Klassengenossen zu vereinen. Der Artikel 165 spricht von der Anerkennung der Organisation. Wir haben heute Versammlungs- und Organisationsfreiheit. Der heutige Staat ist verpflichtet, getroffene Verhandlungen als Gesetze zu behandeln. Kollektivwesen heißt, daß der Staat die Klasse anerkennt. Diese Dinge sind noch vielen Arbeitern nicht geläufig; noch immer gibt es viel Indifferente. Von den in den Kreisverbänden vereinigten 21 Millionen Arbeitern und Angestellten sind 7 Millionen in den Gewerkschaften organisiert, davon 4,5 Millionen in den freien Gewerkschaften. Das wichtigste im Arbeitsrecht ist der Tarifvertrag. Heute wird der Tarifvertrag dem Geist gleich geadelt. Tarifvertrag und Schlüsselvereinbarungen bedeuten, daß der Staat grundätzlich in der Lage ist, die soziale Schöpfung festzuhalten. Ist der Staat reaktionär, dann ist er selbstverständlich die Lohnsätze niedriger sein. Genosse Nörpel ging nun zur Frage der Betriebsrätefähigkeit über und erwies auf einen Bericht der preußischen Gewerbeaufsichtskommission, wonach es mit der Betriebsvertretung heute nicht besonders gut bestellt ist. Die Arbeitnehmer fürchten die Anfeindungen, einen etatistisch bewußten Betriebsrat ausgesetzt ist. Die Unternehmer erstreben heute die Gleichstellung der Betriebsvertretungen mit den Betriebsvereinbarungen. Das Monopol der Gewerkschaften in der Arbeiterversetzung kann jedoch nicht an die Seite abgegeben werden.

Nach dem Bericht Nörpels wurden die Leipziger Anträge auf Anhören des Verbandes an die IAG (Internationale Arbeiterkammer) und auf Entsendung einer Studentenkommission nach Berlin abgelehnt. Ebenso erging es dem Antrag, den Sizier der Verbandsleitung von Bremen nach Berlin zu verlegen. Am Freitag durch eine Vereinbarung beendet, die einen entschiedenen Sieg des Arbeiters bedeutet. Die geforderte Lohn erhöhung wird fast restlos zugestanden, sowohl für die Buchdrucker wie das Büropersonal, und alle Streitenden werden unterstündig wieder eingestellt.

mangels Annahme oder Unterwerfung der Schiedsspruch mit den Wirkungen eines Zwangsvertrages ausgestattet. Dieser Zwangsvertrag gibt die rechtliche Grundlage für die Ansprüche, die das einzelne Mitglied der beteiligten Verbände (unmittelbare Wirkung) daraus herleiten kann.“

Somit ist also der Schiedsspruch zwingendes Recht geworden.

Polnische Arbeiter als Landarbeiter.

Dieser Tag ging eine Notiz durch die Zeitungen, daß der Vorstand des Landbundes in Schlesien an das Landesarbeitsamt einen Antrag gestellt hatte, erneut tausend polnische Landarbeiter nach Deutschland herein zu lassen, da mit den vorhandenen deutschen Landarbeitern die Ernte, vor allem die Bergung der Kartoffeln, nicht gebogen werden könne.

Das Landesarbeitsamt hat unter Zustimmung der Reichsarbeitsverwaltung den Antrag genehmigt, allerdings, wie diese in ihrer Antwort sagt, nur „zwar einen Haufen“ und nur unter der Bedingung, daß diese polnischen Landarbeiter spätestens am 15. November dieses Jahres Deutschland wieder verlassen haben.

Wir wollen ganz dahingestellt sein lassen, ob es wirklich zulässt, daß es mit unseren eigenen Landarbeitern nicht möglich ist, die Ernte zu bergen, aber es drängt sich doch die Frage auf, ob es dann wirklich keinen Erfolg bei uns im Lande gegeben hätte. Es soll deshalb hier auf brachliegende Arbeitskräfte hingewiesen werden, die unserer Ansicht nach sehr gut zu obiger Arbeit Verwendung finden können.

Es sind unsere Strafgefangenen. In preußischen Strafanstalten sind zurzeit rund 60 000 Strafgefangene interniert. Fast alle Strafanstaltsdirektoren bessern sich darüber, daß für diese Leute, männlich wie weiblich, nur sehr schwer Beschäftigung zu bekommen ist. Sie werden deshalb mitunter mit recht wenig zweckmäßiger Arbeit beschäftigt, nur damit sie überhaupt beschäftigt werden. So hat Schreiber dieser Zeilen in einer Strafanstalt an alten, primitiven Werkstätten vier bis sechs Leute, die einem Websuhl beschäftigt, die sonst von einem Handweber bedient werden.

Es steht für einen Strafgefangenen die denkbare schärfste Strafe dar, in enger Zelle unbeschäftigt zu sein. Diese Torturen würden zum geflügelten Verfall führen. Also für Beschäftigung muß gesorgt werden.

Was liegt nun näher, daß man bei solchen Arbeiten, wie Landarbeit, auf diese Arbeitskräfte zurückkommen müßte. Tatsache, die aus der Landwirtschaft stammen, würden sich freiwillig zu solcher Arbeit melden.

Es lag also gar keine Veranlassung vor, diese tausend polnischen Landarbeiter einzulassen, es sei denn, daß den Großgrundbesitzern, ein besonderes Entgegenkommen gezeigt werden sollte, was aber durchaus nicht im Interesse unseres Landes, noch im Interesse unserer heimischen Landarbeiter liegt, die zum Teil wegen angeblichen Arbeitsmangel entlassen wurden.

Ende des belgischen Buchdruckerstreits.

Brüssel, 16. September. (Sig. Drahtbericht.) Der Streit der belgischen Buchdrucker wurde nach zweimonatiger Dauer am Freitag durch eine Vereinbarung beendet, die einen entschiedenen Sieg des Arbeiters bedeutet. Die geforderte Lohn erhöhung wird fast restlos zugestanden, sowohl für die Buchdrucker wie das Büropersonal, und alle Streitenden werden unterstündig wieder eingestellt.

Sind die Beamtenforderungen berechtigt?

Vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund schreibt man uns: Die Beamten-Spitzenorganisationen sind neuerlich wieder beim Reichsfinanzministerium vorsichtig geworden und haben die Forderung auf Angleichung ihrer Bezüge an die Teuerung erhoben. In der Öffentlichkeit werden diese Vorstöße der Beamten als einer eingehenden Kritik unterzogen. Wenn auch in den vergangenen Monaten diese Kritik oft zu einem ablehnenden Ergebnis kam, so ist man doch heute im allgemeinen der Ansicht, daß die Erfüllung der Beamtenforderungen nicht nur vom Standpunkt der Beamten aus gerechtfertigt erscheint, sondern daß sie darüber hinaus eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit darstellt. In Kleinbetrieben zum Beispiel spürt man deutlich, daß die außerordentlich geringen Gehälter, die den Beamten der unteren und mittleren Bevölkerungsgruppen gezahlt werden, zu einer Einschränkung des Konsums geführt haben, die nicht nur für den Verbraucher, sondern auch für den Erzeuger und Werkäufer sich sehr ungünstig auswirkt. Wieso ist man sich völlig im Unklaren, was denn eigentlich die Beamten der unteren Bevölkerungsgruppen – und in diesen Gruppen befindet sich doch die große Mehrzahl der Beamten – verdienen. Nach der letzten Bevölkerungsregelung beträgt das jährliche Grundgehalt eines Beamten der Bevölkerungsgruppe II mit vier Dienstjahren 1068 Mark, dazu kommt in einer mittleren Stadt (Ortsklasse C) ein Zusatzschlag von 159,60 Mark, so daß der Beamte über ein Jahreseinkommen von rund 1200 Mark verfügt. Das ist das Einkommen eines ledigen Beamten. Ein verheirateter Beamter erhält dazu noch einen Frauenzuschlag von monatlich 12 Mark und einen Kinderzuschlag für ein Kind im Alter von 6 bis 14 Jahren von 20 Mark. Wenn man die heutige Teuerung in Betracht zieht, dann kann man also wohl verstehen, daß die Bevölge der Beamten, besonders in den unteren Gruppen, als völlig unzureichend empfunden werden. Da die Arbeitszeit der Beamten, besonders in den Verleihbetrieben, zurzeit überall längere Durchschnittszeiten als vor dem Kriege aufweist, so kann man die Erhöhung verstehen, in der sich heute die bezeichneten Beamtenfamilien befinden, die bei oft 14–16stündigen täglichen Dienststunden des Ernährers kaum den allernotwendigsten Lebensmittelbedarf decken können. Beamten-Selbstmördere häufen sich in der letzten Zeit erstaunlich.

Zu der langen Arbeitszeit und der überaus geringen Bezahlung kommt aber noch die Erhöhung, die die schlechten Bevölkerungsverhältnisse im Juni 1924 geschaffen hat. Damals erhielten die unteren Beamten eine Aufzehrung von 17 Prozent ihrer Bezüge, während die oberen Beamten mit einer Aufzehrung von 71 Prozent bedacht wurden. Diese Gehaltssregelung wurde als ein aufziehendes Unrecht empfunden. Die Beamten-Haushalte der Beamten in den unteren Bevölkerungsgruppen sorgen fast durchweg vor Katastrophen, weil unverhältnismäßige Ausgaben durch Krankheitsfälle, Sterbefälle usw., die in einer gerade Hoffnungslosigkeit Verhüllung geführt haben. Seit Juni 1924 haben sich die Lebenshaltungskosten nach den amtlichen Ziffern sehr stark erhöht. Wenn man für die Lebenshaltungskosten in den Jahren 1913–14 die Zahl 100 einsetzt, dann beträgt die amtliche Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten für August 1925 146. Das bedeutet eine Erhöhung – wohlgemerkt nach den amtlichen Zahlen, die von den Verbänden und Hausfrauen als viel zu niedrig bestritten werden – gegen die Vorrangsziffer um 45 Prozent.

Seit Juni 1924 sind die Gehälter einmal mit Wirkung vom 1. Dezember 1924 aufgestockt worden, und zwar um 12½ Prozent für die Gruppe II bis VI. Durch die Aufstockung wurde aber noch nicht einmal das Friedens-Kominalgehalt, zum Beispiel eines ledigen Beamten der Gruppe III, erreicht. So bleiben die Bevölge des erwähnten Beamten über ein volles Drittel hinter der Teuerung zurück. Es ist also durchaus berechtigt, daß die Beamten einen Ausgleich ihrer Bevölge an die Teuerung verlangen. Selbst wenn man die Preissteigerung der Reichsregierung bei unwahrscheinlichem Erfolg einer Preissteigerung um 10 Prozent zugestellt, dann bleibt noch eine gewaltige Differenz zwischen den Bevölge der Beamten und der amtlich festgestellten Teuerung. Es ist unverständlich, wie seinerzeit der Ratstag die außerordentlich niedrige Erhöhung der Beamten, die eine Erhöhung um 7½ Prozent vor sich absehen konnte. Wirklich hat aber die Preissteigerung der Regierung nicht aus, dann muß das Mißerfolgsrisiko zwischen Beamtenabstimmung und Preissteigerung auswirken haben, die sich voraussichtlich noch gar nicht übersehen lassen.

Die Verhandlungserklärung eines Schiedsspruchs setzt die Annahme voraus, daß nicht der Inhalt des Schiedsspruches entsprechende Vertragserklärungen unter ihnen besteht. Der Vertrag auf Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruchs ist regelmäßig der Antrag einer Partei vorauß. Die Annahme ist getroffen worden. Von Anfang an soll ein Bezug auf Verbindlichkeitserklärung nur eingeschlossen werden, das öffentliche Interesse die Einhaltung erfordert.“

Es ist dann ferner noch im Kommentar über den Begriff „Annahme“ gesagt: Durch die Verbindlichkeitserklärung wird

Achtung, Bauarbeiter!

Die Breslauer Baustelle „Palast-Theater“, Schweidnitzer Straße, Bauunternehmer Ebnet, ist von Montag, den 21. September, ab, für sämtliche organisierten Bauarbeiter gesperrt.

Anlaß dazu gab das Anstreben der Bauleitung an die Maurer, Streiarbeiter für die Gleisarbeiter auszuführen; desgleichen werden an dieser Baustelle Streiarbeiter für die Steinmeier ausgesetzt und dies letztere hat schon dazu geführt, daß auch die dort arbeitenden Tischler und sonstigen anderen Berufen angehörigen Kollegen beschäftigen, die Arbeit niedergelegt.

Die Ortsverwaltung.

In den Schönberger Tabak- und Zigarrenfabriken ist nach eingetretener siebenprozentiger Lohn erhöhung der Streit beendet worden.

Wirtschaft.

Preisabbau für Markenware?

Dass die Preissenkungsaktion der Reichsregierung keinerlei Ausicht auf Erfolg hat, ist wiederholt dargelegt worden und wurde auch durch die Art, mit der die großen Interessentenverbände zu ihr Stellung genommen haben, bestätigt. Ein besonderes Kapitel stellen in dem ganzen Preisabbauprogramm die Maßnahmen dar, die auf die Preisverbilligung der sogenannten Markenartikel abzielen. Es handelt sich da vornehmlich um solche Waren, die durch ihre Qualität und eine wirkliche Reklame bei den großen Kaufhausketten ein besonderes Vertrauen erworben haben. Diese Waren werden vielfach mit einem Zuschlag in den Kleinhandel geleitet, der in seiner Höhe durchaus unberechtigt ist. Nur bei einzelnen solcher Produkte ist von der Hochhaltung der Preise zugleich eine wesentliche Verleutung der Lebenshaltungskosten zu erwarten. Dem Publikum bleibt oft, um den hohen Preis für Markenware nicht zahlen zu müssen, die Möglichkeit marktrechte Waren zu kaufen, die in der Regel billiger und in der Qualität nicht immer schlechter als die Markenware. Auch spielen die Mengen, die von solchen Waren in einem Haushalt verbraucht werden, allenfalls bei Margarine eine wesentliche Rolle. Bei anderen Waren ist das durchaus nicht der Fall. Trotzdem ist die Verminderung der künftig über das notwendige Maß hinaus erhöhten Zuschläge auf den Fabrikpreis aus einem anderen Grunde dringend erwünscht. Die Fabriken können viel größere Umläufe erzielen und der Arbeitnehmer hat eine vermehrte Beschäftigung, wenn sie sich entschließen würden, die Preiszuschläge so gering als möglich festzusetzen.

Einige Beispiele mögen zeigen, wie tatsächlich die Markenware durch die Festsetzung hoher Verkaufspreise für den Einzelhandel verteuert wird. Eine bestimmte Sorte seiner Tochterfirma kostet dem Einzelhändler, wenn er sich alle Vorteile des Großbezugs zunutze macht, pro Stück 38 Pf. Die Fabrik schreibt ihm aber einen Verkaufspreis von 70 Pf. vor. Also ein Bruttozuschlag von mehr als 70 Prozent. In einem anderen Falle verläuft bis vor kurzem eine Firma ein sehr bekanntes Zahnpulpa unter Anrechnung aller Rabatte um 42½ Pf. und verkauft, daß man diese Ware nicht unter 80 Pf. verkauft. Die Firma hat übrigens sogar noch ihre Fabrik- und ihre Einzelverkaufspreise erhöht. Dass diese Zuschlagsspanne weit über das Maß hinausgeht, das bei einem auf Umsatz bedachten Geschäft geboten ist, liegt auf der Hand. In der Tat haben denn auch schon die Droghisten, die in der Hauptstadt diese Waren vertreiben, sich gegen derartige Preisvorschriften sich zur Wehr gesetzt. Solange jedem einzelnen von ihnen aber die Lieferpferre des Lieferanten droht, wird er natürlich nicht viel machen können. Und daß man mit dieser Lieferpferre jederzeit rechnen muß, zeigt sich in anderen Gewerbezweigen nur allzu deutlich, so zum Beispiel im Zigarrenhandel, wo in Berlin eine ganze Reihe von gerichtlichen Verjährungen wegen „Preisabschleuderung“ ergangen sind, weil diese sich mit einem geringeren Aufschlag auf die Fabrikpreise begnügt hatten.

Interessant ist aber in dem Falle des Drogenhandels, daß die Händler selbst gegen die Zunahme der hohen Einzelverkaufspreise auftreten. Hier läuft nämlich das Interesse der in den Fabriken beschäftigten Arbeiter durchaus parallel mit demjenigen der Detailverkäufer. Letztere sehen, wie ihr Umsatz zurückgeht. Sie würden sich mit einer verdienten Verdienstspanne begnügen, weil sie dann mit Sicherheit einen stärkeren Absatz ihrer Läger und einen rascheren Kapitalumschlag erwarten. Die Arbeitnehmer würde aber aus einer derartigen Abschöpfung den Vorteil ziehen, daß ihr dann eine stärkere oder zum mindesten gleichmäßige Beschäftigung gestichert ist.

Anderer ist die Stellung der Schokoladenhändler zu der ihnen zugewiesenen Preisspanne. Diese verlangen eine Erhöhung ihrer Verdienstmöglichkeit durch Steigerung des Kleinverkaufspreises. Sie haben auch leicht diese Forderung zu begründen, weil die wirklichen Einkaufspreise eines tüchtigen Kleinhandlers aus den Preisfeststellungen der Fabrikanten nicht ohne weiteres ermittelt sind. Ist der offizielle Preisspanne, die in vielen Fällen rund 30 bis 35 Prozent beträgt, trotzdem noch die Rabbatte für den Großbezug, Kassenkonto und dergleichen, so daß in Wirklichkeit der Bruttonutzen des Händlers viel größer ist, als man es bei einem Vergleich der An- und Verkaufspreise erkennen kann. Vor uns liegt eine Preisliste einer bekannten Schokoladenfabrik, aus der wir die Preisstellung für Kakao herausgreifen, weil dieser Ware weniger der Charakter eines Luxusartikels anhaftet wie etwa der Schokolade. Berechnet man den Ein- und Verkaufspreis, so ergibt sich bei einer Qualitätsware ein Bruttonutzen von 60 Prozent. Wir sprechen immer wieder nur von dem Bruttonutzen, nicht von dem Bringsgewinn, der ja erst nach Abzug der Gewinnspesen, Steuern und dergleichen errechnet werden kann. Immerhin wird man zugeben müssen, daß eine derartig hohe Umspanne nur von Betrieben zum größten Teil verbraucht werden kann, die einen so geringen Umsatz haben, daß ihre Existenzberechtigung bestritten werden muß. Die Betten, wo man an einer Streichholzhochachtel ein Auto verdiente, sollen wirklich vorüber sein, und für Händler, die nicht genügend Umsatz zu erwischen wissen, ist bei einer sparsamen Volkswirtschaft kein Platz.

In allen diesen Fällen ist ein Eingreifen der Reichsbehörden durchaus im Interesse der Arbeitnehmer; wir zweifeln nur daran, daß man dazu die notwendige Energie aufbringen wird. Auf die geläufigen Lebenshaltungskosten wird natürlich die Preisverbilligung für Fleisch, Zahnpulpa und Schokoladenwaren und ähnliche Produkte so gut wie gar keinen Einfluss haben, da die Minderbemittelten bei einer hohen Preisstellung eben auf die Markenware verzichten und sich mit minderen Kaufmanns oder Trägermitteln versorgen. Aber diejenigen Leute, die sonst von Verbrauchsgerücksichten in der Wirtschaft nichts wissen wollen, sollten sich doch legen, daß die Wirtschaftliche Abbindung des Konsums durch die Preissteigerung der Einzelverkaufspreise schließlich den Nutzen und die Produktion erodieren wird.

Die Verrufenen

Der Kino-Kanal

Der große Kino-Kanal

Fragen Sie Ihr Kino-Kanal, wenn Sie Lust auf Kino haben.

